

IDEEN FÜR EIN BESSERES EUROPA

EUROPÄISCHES PARLAMENT
STRASSBURG, 9-11 MAI 2014

Der EYE2014 Bericht

Bericht der European Youth Press
mit Kommentaren des Europäischen Jugendforum

DE





	• Vorworte	S.5
	• Ideen für ein besseres Europa: Der EYE2014 Bericht	S.7
	I. Jugendarbeitslosigkeit	
	• Neue Perspektiven für eine blockierte Generation - die Europäische Jugendpresse berichtet	S.11
	• Ideenbox Jugendarbeitslosigkeit - was junge Teilnehmer vorschlagen	S.15
	• Qualitativ hochwertige Jobs für alle - ein Kommentar des Europäischen Jugendforums	S.16
	II. Digitale Revolution	
	• Die Zukunft des Internets - die Europäische Jugendpresse berichtet	S.19
	• Ideenbox Digitale Revolution - was junge Teilnehmer vorschlagen	S.25
	• Die Zukunft des Internets gestalten - ein Kommentar des Europäischen Jugendforums	S.26
	III. Die Zukunft der Europäischen Union	
	• Kann es die junge Generation besser machen? Die Europäische Jugendpresse berichtet	S.29
	• Ideenbox Zukunft der EU - was junge Teilnehmer vorschlagen	S.35
	• Eine stärkere und demokratischere Union - ein Kommentar des Europäischen Jugendforums	S.36
	IV. Nachhaltigkeit	
	Nachhaltiges Wirtschaften und Leben - die Europäische Jugendpresse berichtet	S.39
	Ideenbox Nachhaltigkeit - was junge Teilnehmer vorschlagen	S.43
	Junge Leute als Schlüssel zu einer nachhaltigen Zukunft - ein Kommentar des Europäischen Jugendforums	S.44
	V. Europäische Werte	
	• Global Player - fair Player? Die Europäische Jugendpresse berichtet	S.49
	• Ideenbox Europäische Werte - was junge Teilnehmer vorschlagen	S.53
	• Partizipation, Inklusion und Jugendrechte - ein Kommentar des Europäischen Jugendforums	S.54
	• Heute denken, morgen handeln: Junge Menschen für ein besseres Europa	S.57
	• Zahlen & Fakten	S.59





Vorwort von Anni Podimata und Othmar Karas

Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments während der 7. Legislaturperiode verantwortlich für Kommunikation

Das Europäische Jugendevent (EYE 2014) war eine Premiere, in der das Europäische Parlament zum ersten Mal seine Tore für tausende junge Menschen aus ganz Europa geöffnet hat, und diese aufgefordert ihre Ideen für Europa und dessen Zukunft zu präsentieren. In einzigartiger Weise wurden die Rollen während des EYE getauscht: MdEPs haben zugehört und junge Menschen haben den Ton angegeben.

Das Ergebnis der dreitägigen Veranstaltung war eine Fülle von Denkanstößen, Veränderungswünschen und Innovationen. Wir sind sicher, dass dies eine Quelle der Inspiration für alle neu gewählten und wiedergewählten Mitglieder des Europäischen Parlaments sein wird. Wir sind auch sicher, dass dies nur der Anfang eines fruchtbaren Dialogs ist und dass dies nur das erste EYE war, das das Europäische Parlament organisiert haben wird - es ist nun an den Abgeordneten der neuen Legislaturperiode die Führung zu übernehmen und den Dialog mit der Jugend Europas weiterzuführen.



Vorbemerkungen von Klaus Welle

Generalsekretär des Europäischen Parlaments

Das EYE 2014 war ein großer Erfolg. Die Autoren dieses Berichts, die der Europäischen Jugendpresse angehören, haben eindrucksvoll die große Sammlung von Ideen zusammengefasst, welche von den jungen Teilnehmern aus ganz Europa während des EYE Wochenendes vorgebracht worden sind.

Den Erfolg des EYE verdanken wir zu großen Teilen der politischen Führung des Europäischen Parlaments, die diese Initiative verfolgt hat, den Diensten des Europäischen Parlaments, die die Umsetzung dieses Projekts sichergestellt haben, unseren Partnern, der großen Zahl der Freiwilligen und sicherlich am meisten den Teilnehmern selbst, die sich von Anfang bis Ende enthusiastisch mit den Inhalten des EYE auseinandergesetzt haben.

Eine überwältigende Zahl an Teilnehmern, die in Persona oder online befragt worden sind, haben zum Ausdruck gebracht, dass Sie der Meinung sind, dass das EYE zu einer regelmäßigen Veranstaltung werden sollte. Die Führung des Europäischen Parlaments hat diese Stimmen gehört und entschieden das EYE als einen regelmäßigen Bestandteil einer offenen und kontinuierlichen zwei-Wege-Kommunikation zwischen Abgeordneten und jungen Menschen, aber auch als Plattform für junge Europäer zu etablieren



Warten auf die Eröffnungsfeier des EYE

Ideen für ein besseres Europa: Der EYE2014 Bericht

Ein besseres Europa? Seit Ende des Zweiten Weltkriegs sind fast 70 Jahre vergangen, und die Länder Europas bilden heute nicht nur eine Gemeinschaft friedlicher, respektvoller Nachbarn, sie haben auch ein gemeinsames politisches System geschaffen, das sie fest in ihre Gesellschaften integriert haben. Aber welchen Stellenwert hat das für uns? Ist das reine Selbstverständlichkeit? Wie stellt die heutige Generation junger Europäer sich die nächsten Schritte im europäischen Projekt vor?

Das Europäische Jugend-Event (EYE), das vom Europäischen Parlament (EP) in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Jugendforum (YFJ) und neun weiteren Partnern veranstaltet wurde, hat vom 9.-11. Mai 2014 in Straßburg stattgefunden. Dabei trafen mehr als 5 500 Jugendliche im Alter von 16 bis 30 Jahren aus den Mitgliedstaaten der EU und anderen Ländern zusammen, um Antworten auf diese Fragen zu finden, Ideen auszutauschen und ihre Vorstellungen von einem besseren Europa zu diskutieren. Im Rahmen des Forums konnten die Teilnehmer unter mehr als 200 unterschiedlichen Veranstaltungen wählen; zu den insgesamt etwa 500 Rednern, Moderatoren und Organisatoren zählten auch Mitglieder des Europäischen Parlaments. Die Veranstaltungen waren auf fünf zentrale Themen ausgerichtet: Jugendarbeitslosigkeit, digitale Revolution, Zukunft der Europäischen Union, Nachhaltigkeit und europäische Werte.

Aufgrund der Vielgestaltigkeit der Veranstaltungen bot sich den Teilnehmern, Rednern und MdEP die Gelegenheit zu einem ungezwungenen, fruchtbaren Austausch. Es fanden Anhörungen, Debatten, Fragestunden und Workshops statt, und es wurden verschiedene Rollenspiele veranstaltet, bei denen die Teilnehmer in die Rolle eines Mitglieds des Europäischen Parlaments schlüpfen und die Arbeitsabläufe in der EU hautnah erleben konnten.

Bei „Euroscola Special“ konnten mehr als 600 europäische Schüler und Studenten den Arbeitstag eines MdEP miterleben, die Fragen stellen, die sie mit Blick auf die Zukunft Europas bewegen, in Ausschüssen arbeiten, Vorschläge zu einer Vielzahl unterschiedlicher Themen unterbreiten – von der aktiven Teilhabe der Bürger bis hin zu erneuerbaren Energieträgern oder zum Thema Jugendarbeitslosigkeit – und abstimmen, wobei nicht nur heikle Belange wie die Frage, welche Sprachen im Parlament gesprochen werden sollten, oder die Einführung des Euro, sondern auch die von ihnen selbst eingereichten Vorschläge Gegenstand der Abstimmungen waren.

Im Mittelpunkt innovativer Veranstaltungsformate wie „Ideenfest“ und „Ideenlabor“ standen die klassische Rollenverteilung – Politiker und Publikum – und deren Umkehrung – mit den politischen Entscheidungsträgern als Zuhörern der jugendlichen Teilnehmer und „Ideen Träger“. Diese Veranstaltungen waren insofern besonders



Einleitung

wertvoll, als sie den jungen Teilnehmern eine besonders gute Plattform boten, um wirksam ihre Ideen beizusteuern.

Von der Jugend – für die Jugend

Da es sich um eine Veranstaltung für die Jugend handeln sollte, mussten an der Planung und Durchführung von EYE natürlich junge Menschen und Jugendorganisationen maßgeblich beteiligt sein. Um sicherzustellen, dass die Jugend im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen würde, arbeitete das Europäische Parlament von Anbeginn in Partnerschaft mit dem Europäischen Jugendforum – der Plattform für Jugendorganisationen in Europa – zusammen.

Das Europäische Jugendforum brachte das erfolgreiche „YO!Fest“ zu EYE. „YO“ steht für „Youth Opinion“, und YO!Fest ist das alljährliche offene politische Festival des Jugendforums, eine Kombination aus politischen Debatten, Workshops und Veranstaltungen mit Gratis-Konzerten oder kulturellen und sportlichen Aktivitäten.

Ein fester Bestandteil von EYE ist auch das YO!Village, das seinen Standort vor dem Parlament hatte und zeigen sollte, dass auch ein ganz anderer Ansatz für politisches Engagement möglich ist. Jugendorganisationen aus allen Teilen des Kontinents sowie zivilgesellschaftliche Organisationen und Partner aus der Unternehmenswelt leisteten ihren Beitrag zu YO!Fest, indem sie Veranstaltungen und interaktive Stände organisierten und damit im YO!Village für eine lebhaftere Atmosphäre sorgten. Neben den angeregten Debatten zu einer reichen Palette an Themen – von der Senkung des wahlfähigen Alters auf 16 Jahre über die Frage der Mehrfachdiskriminierung bis hin zum Einfluss der Jugendarbeit und von Jugendkooperativen – gab es Live-Musik sowie Theater- und Zirkusvorstellungen. An jeder Ecke des YO!Village wurden informelle Info- und Lernveranstaltungen angeboten, bei denen Teilnehmer und Besucher ihr Wissen über europäische Verfahren und Kampagnen erweitern und mit mehr als 50 beim EYE

vertretenen Organisationen interagieren konnten.

Außerdem bot das EYE zahlreichen teilnehmenden Jugendgruppen die Gelegenheit, auf dem Event einen eigenen Workshop anzubieten oder sogar mit einer eigenen künstlerischen Darbietung aufzutreten. Im Rahmen dieser Jugend-Workshops und künstlerischen Darbietungen (Tanz, Musik, Musikgruppen, Theateraufführungen usw.) sowie verschiedenen anderen spielerischen Programmpunkte von EYE 2014 (z. B. Computerspiele wie iDance oder die Gruppen-Brettspiele Eurocracy und EuroCulture) boten sich Möglichkeiten für einen weniger formalen und kreativeren Austausch zwischen den jungen Teilnehmern von EYE.

Eine offene und inklusive Veranstaltung

Ein wichtiges Ziel von EYE 2014 war es, auch über die offiziell angemeldeten Teilnehmer hinaus Interesse zu wecken und auf diese Weise ein möglichst vielfältiges Publikum anzusprechen und in das Event einzubeziehen.

Mit den öffentlichen Konzerten, die im Rahmen von YO!Fest in Straßburg und Wacken stattfanden, konnte EYE mehr als 5 500 Teilnehmer gewinnen, sodass noch zusätzlich 4 500 Menschen zum Europäischen Parlament und zum Jugendforum kamen. Durch die Konzerte sollten auch Einwohner von Straßburg und weniger aktive Jugendliche angelockt und für die Teilnahme



Übersetzung von Gebärdensprache während dem EYE 2014

an anderen YO!Fest-Veranstaltungen gewonnen werden. In ähnlicher Weise dienten auch die von der Stadt Straßburg – einem offiziellen Partner von EYE – im Zusammenhang mit EYE angebotenen Veranstaltungen dazu, das Ereignis der örtlichen Bevölkerung näher zu bringen.

Junge Menschen, die nicht die Möglichkeit hatten, vor Ort am EYE 2014 teilzunehmen, konnten die Veranstaltung im Internet mitverfolgen und online daran teilnehmen. Das EYE war virtuell sehr stark präsent: Viele der Podiumsdiskussionen wurden als Webstream übertragen oder hatten eine Tweetwand, sodass sich Interessierte, die nicht selbst vor Ort sein konnten, dennoch an der Veranstaltung beteiligen, Fragen stellen oder ihre Meinung äußern konnten. Über die Kanäle der sozialen Medien konnten die Gespräche außerdem auch noch nach Ende der jeweiligen Veranstaltung fortgesetzt werden. Websites und soziale Medien dienten vor, während und nach dem EYE als Kommunikationskanal zur Beantwortung von Fragen der Jugendlichen, sie wurden aber auch von den Jugendlichen genutzt, um ihrem politischen Engagement Ausdruck zu verleihen und sich Gehör zu verschaffen und ermöglichten den Austausch – nicht nur mit Gleichaltrigen, sondern auch mit EU-Politikern. Im Verlauf der drei Tage des Events wurden mehr als 12 000 Tweets mit den Hashtags #EYE2014 und #YOFest generiert.

Die Jugend engagiert sich für mehr Wohlstand in Europa

Im Kern ging es beim Europäischen Jugend-Event darum zu zeigen, dass junge Menschen bereit sind, sich im Interesse von mehr Wohlstand, Teilhabe, Innovation und Nachhaltigkeit in der Europäischen Union für eine bessere Zukunft zu engagieren und dass sie Ideen von unschätzbarem Wert haben, wenn es darum geht, wie eine solche Zukunft aufgebaut werden kann. Der Ideenaustausch beim EYE war von echtem Enthusiasmus getragen, und viele Teilnehmer äußerten den Wunsch, stärker in EU-Entscheidungsprozesse einbezogen



zu werden. Peter Matjašič, Vorsitzender des Europäischen Jugendforums, erklärte:

„Jugendliche werden heute allzu oft für ihr mangelndes Interesse an Politik und ihre Gleichgültigkeit gegenüber Wahlen kritisiert. Aber was wir an diesem Wochenende erlebt haben, war, dass junge Menschen, die alle möglichen oder auch gar keine politischen Überzeugungen vertreten, voller Interesse, Begeisterung und großartiger Ideen an einem Austausch teilnehmen. [...] Der gemeinsame Nenner war dabei der Wunsch der jungen Menschen, sich bei den europäischen Entscheidungsträgern laut und deutlich Gehör zu verschaffen.“

Mit dem vorliegenden Bericht versuchen die European Youth Press und das Europäische Jugendforum gemeinsam, die Gedanken der jungen Menschen zusammenzutragen, damit diese nicht verloren gehen. Grundlage des Berichts sind die Beiträge der EYE-Korrespondenten, die während des Events über die verschiedenen Veranstaltungen berichtet haben.



Androulla Vassiliou, Kommissar für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend, diskutiert das neue Erasmus+ Programm

Jugendarbeitslosigkeit

Neue Perspektiven für eine blockierte Generation

Junge, fertig ausgebildete Arbeitslose zu finden, war auf dem Europäischen Jugend-Event nicht schwer. „Wie viele von euch sind zurzeit arbeitslos oder unterbeschäftigt?“, fragte Nazan Gödkemir von ARTE und Moderator von „Beat Box Europa – Die Kunst zu bleiben“. Nach einigen Sekunden hoben sich die ersten Hände. Viele der Anwesenden haben einen guten Universitätsabschluss, sie haben Auslandssemester und Praktika absolviert, unentgeltlich gearbeitet, sprechen mehrere Sprachen und möchten auf jeden Fall im Ausland arbeiten. Und doch hebt etwa ein Drittel der Anwesenden im Saal die Hand, als die Frage gestellt wird, wer im letzten Jahr Mühe hatte, eine Arbeit zu finden, oder zurzeit arbeitslos ist.

Die Zahl der sich hier meldenden und ihre Geschichten verdeutlichen, welch gravierendes Ausmaß das Problem der Jugendarbeitslosigkeit im Euro-Währungsgebiet inzwischen angenommen hat: Eurostat zufolge lag die Jugendarbeitslosigkeit im Februar 2014 bei 22,9 %. Mit dieser Zahl vor Augen darf jedoch nicht vergessen werden, dass zwischen den Mitgliedstaaten beim Ausmaß und bei den Gründen der Jugendarbeitslosigkeit viele Unterschiede bestehen. Eine einheitliche Lösung kann es für das Problem also nicht geben, diese Erkenntnis wurde beim EYE in vielen Debatten geäußert. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in Griechenland bei 56 %, in Kroatien bei 49 % und in Deutschland bei nur 7,8 % (niedrigster Wert aller EU-Mitgliedstaaten); das Heer der Arbeitslosen ist also nicht gleichmäßig über Europa verteilt.

Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union

Doch die Jugendarbeitslosigkeit zieht in allen europäischen Ländern wesentliche Folgen nach sich, wie an den Fällen Deutschlands und Spaniens gezeigt werden kann. In Spanien – dessen Lage bei EYE ausführlich diskutiert wurde – vollzieht sich ein massiver demographischer

Wandel, da junge Menschen das Land verlassen, um anderswo Arbeit zu suchen. Eric Labuske, ein Teilnehmer der Gesprächsrunde und Aktivist der Juventud Sin Futuro, einer spanischen Jugendentwicklungsorganisation, war selbst Zeuge der Folgen dieser Massenauswanderung:

„Alle verlassen Spanien in der Hoffnung auf ein besseres Leben im Ausland.“ Er sprach dabei aus eigener Erfahrung: Auch er entschied sich dafür, sein Unternehmen nicht in Spanien, sondern in Frankreich zu gründen. *„In Frankreich sind die Kosten relativ überschaubar, aber in Spanien können sich nur reiche junge Menschen selbständig machen.“*

Ein anderes beliebtes Zielland für junge Spanier ist Deutschland, das Land mit der niedrigsten Arbeitslosenrate und hohem Wirtschaftswachstum, das viele mit der Hoffnung auf ein besseres Leben verbinden. Zurzeit wurde jedoch eines der deutschen Arbeitsprogramme eingestellt, die Menschen wie Eric Labuske bei der Arbeitssuche im Ausland helfen sollten. Seit die deutschen Behörden für das Programm „The Job of My Life“, das eigentlich bis 2018 laufen sollte, einfach keine Anträge mehr entgegennehmen, stehen Hunderte, vielleicht Tausende junger Menschen aus den

Junger EYMD Journalist berichtet über eine Podiumsdiskussion

krisengeschüttelten Volkswirtschaften der EU nun in Deutschland mittellos auf der Straße. Die Fördermittel sind aufgebraucht, die Programme waren der Flut an Anträgen aus ganz Europa einfach nicht gewachsen. Die Einstellung des Förderprogramms zeigt, dass Auswanderung mit Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit keine wirkliche Lösung ist und die Mitgliedstaaten dieses Problem selbst lösen müssen.



Abbau des Fachkräftemangels

Ein Problem besteht darin, dass die nationalen Bildungssysteme keine Ausbildungen in den Fachbereichen anbieten, die am Arbeitsmarkt gefragt sind. So können aufgrund des chronischen Fachkräftemangels tausende Stellen in Europa nicht besetzt werden. Bei EYE vertretene Sachverständige warnten davor, dass jungen Menschen durch die zunehmende Diskrepanz zwischen den nachgefragten und den angebotenen Qualifikationen die Zukunft verbaut wird. Anna Ludwinek von der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) erklärte, dass junge Menschen dringend darauf warten, dass man ihnen im Hinblick auf die am Arbeitsmarkt gesuchten Fachkompetenzen eine Orientierungshilfe bietet:

„Wenn es darum geht, deutlich zu machen, welche Fähigkeiten und Fertigkeiten gebraucht werden, verfolgen junge Menschen im Prinzip dieselben Interessen wie die Wirtschaft.“

„Diejenigen, die das Problem nicht richtig erfassen, sind die Partner im Bildungswesen.“

Boryana Stancheva und Eva Parvanova vom bulgarisch-rumänischen Interuniversity Europe Center (BRIE) setzten sich mit diesem Problem im Rahmen ihres Workshops auseinander. Sie arbeiten an einem europäischen Referenzrahmen für arbeitsmarktfähige Qualifikationen, kurz FORCES (European Framework of Reference for Common Employability Skills). Boryana Stancheva glaubt, dass von einem solchen Rahmen Studenten in ganz Europa profitieren könnten:

„Das Ziel besteht darin, ein Verzeichnis arbeitsmarktfähiger Qualifikationen aufzustellen, damit Studenten nicht nur vage auf ein Tätigkeitsfeld hinarbeiten, das dann je nach Arbeitgeber sehr unterschiedlich aussehen kann, sondern dass sie genaue Anhaltspunkte dafür erhalten, woran sie weiterarbeiten müssen. Im Idealfall sollte dieser Referenzrahmen sogar Teil des Lehrplans von Hochschulen werden.“

Andere, wie die französische Sozialdemokratin Catherine Trautmann, MdEP, glauben, dass die Lösung für den Fachkräftemangel in der Aufstellung EU-weit einheitlicher Bildungs- und Ausbildungsziele besteht. Sie erklärte:

„Es geht darum, dass wir den Schwerpunkt auf eine Reihe EU-weit einheitlicher Bildungs- und Ausbildungsziele legen, und zwar ausgehend davon, was für Qualifikationen und Fähigkeiten am Arbeitsmarkt gefragt sind.“

Politische Entscheidungsträger und engagierte junge Menschen sind sich jedoch über die Lösung für den Fachkräftemangel nicht einig, und Skeptiker warnen davor, im Zusammenhang mit Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen unvernünftige Erwartungen an die EU hegen. Mikkel Barlund, Wissenschaftler am Zentrum für Europäische Politische Studien (CEPS), wies darauf hin, dass die Mitgliedstaaten kaum geneigt sind, sich die Befugnisse in der Bildungspolitik mit Brüssel zu teilen:

„Ich glaube, die Menschen haben zu viel Vertrauen in das, was die EU hier ausrichten kann. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Mitgliedstaaten

darauf erpicht sind, bei der Gestaltung der Bildungspolitik zusammenzuarbeiten.“

Programme für neue Erfahrungen

In einer Situation, in der die EU im Bildungsbereich zu wenig ausrichten kann und den Mitgliedstaaten der Wille zu einem Wandel fehlt, beginnen junge Menschen, selbst stärker vor auszuplanen und Lösungen zu finden.

Nach den Erkenntnissen der Jugendgruppe Agros aus Zypern, die im Rahmen von EYE einen interaktiven Workshop veranstaltete, gibt es vier Schlüsselbereiche, in denen junge Menschen aktiv werden und ihre Chancen am Arbeitsmarkt verbessern können: Europäische Programme, Freiwilligentätigkeit und lebensbegleitendes Lernen.

„Ein Bildungsabschluss ist eine sehr gute Grundlage, aber nicht immer findet man nach dem Hochschulabschluss auch eine Stelle. Heutzutage geht quasi jeder an die Uni, die Konkurrenz ist also groß. Eigentlich sollten wir uns im Studium auf das konzentrieren, was uns wirklich interessiert, aber wir wissen gar nicht genug, um zu erkennen, wie wir dorthin gelangen und dann eine Arbeit finden könnten“, erklärt Alexis Orias aus dem Vereinigten Königreich.

Bei vielen Workshops und Ideenlaboren bei EYE wurde ein von der Basis ausgehender Ansatz favorisiert, bei dem junge Menschen Form und Inhalt von Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsprogrammen mitgestalten können. Nach Meinung von Sebastiaan Rood, Vertreter von Nationale Jeugdraad, ist eine Lösung nur mit dem Engagement der Jugend möglich:

„Es ist ganz entscheidend, dass man nicht nur mit den jungen Menschen spricht, sondern dass junge Menschen in den Gremien der Bildungseinrichtungen mitarbeiten, denn gegenwärtig haben sie nicht die Möglichkeit, auf die Gestaltung von Programmen Einfluss zu nehmen.“

Inklusion: ein wichtiger Aspekt der EU-Programme

Es stimmt sicher, dass diese Vorschläge zum Erfolg führen könnten, aber es muss auch bedacht

werden, dass diese Maßnahmen in vielen Fällen eine Abgrenzung nach sozialen Schichten begünstigen können. Freiwilligenarbeit fördert zwar die persönliche Entwicklung und ermöglicht das Knüpfen von Kontakten, aber viele junge Menschen können es sich einfach nicht leisten, Zeit und Ressourcen in freiwilliges Engagement zu investieren. Dasselbe gilt für die Förderung mit Erasmus+, denn das Stipendium deckt nur einen Teil der Kosten, die mit einem Auslandsstudium oder einer Freiwilligentätigkeit im Ausland verbunden sind. Oft sind die Teilnehmer also weiter auf die Unterstützung ihrer Familien angewiesen. Bildung war immer mit Ausgaben verbunden, und in den heutigen Zeiten hoher Arbeitslosenzahlen und starker Lohnkürzungen können viele Familien es sich kaum noch leisten, die Kinder während der Ausbildung finanziell zu unterstützen. Nach der Meinung von Jana Sikorska, Mitglied der OBESU Taskforce aus der Slowakei, können sich die Ausgaben für Schulausflüge, Projekte und Lehrmaterial im Jahr oft auf mehr als 1 000 Euro belaufen. Radka Pudilova erklärte:

„Es muss dringend darüber nachgedacht werden, wie dafür gesorgt werden kann, dass die in der Europäischen Union angebotenen Programme und Möglichkeiten möglichst inklusiv sind, weil junge Menschen sich bei der Arbeitssuche andernfalls einfach auf Glück und gute Verbindungen verlassen müssen.“

Die zunehmende Digitalisierung in allen beruflichen Bereichen wirft eine weitere Frage in Bezug auf die Kompetenzen auf: Wie sollen wir mit jenen Menschen umgehen, die nicht in der Lage sind, die genannten Fähigkeiten und Fertigkeiten zu erwerben, und die mit dem beschleunigten Tempo und der wachsenden Komplexität der Arbeitsumwelt nicht mehr Schritt halten können? Nach Prognosen der Kommission wird es bis 2015 in Europa fast eine Million freie Stellen geben, bei denen Arbeitgeber Schwierigkeiten haben werden, Bewerber zu finden, die über die benötigten digitalen Fertigkeiten verfügen. Gemäß der Digital Agenda Scorecard wächst die Zahl der „digitalen“ Arbeitsstellen um mehr als 100 000 pro Jahr, während die Zahl der Hoch- und

Fachschulabsolventen im IT-Bereich weit hinter dem Bedarf zurück bleibt. Das Phänomen der überqualifizierten jungen Arbeitslosen ist dabei nur ein Aspekt, das sich möglicherweise schließlich als vorübergehendes Problem erweisen wird. Als viel gefährlicher könnte sich dagegen das vernachlässigte Problem der angelernten Arbeiter erweisen, für die es auf keinem europäischen Arbeitsmarkt mehr Beschäftigungsmöglichkeiten gibt.

Soziale Ungleichheiten verstehen

Mitglieder des Europäischen Parlaments wurden beim EYE nicht müde, vor der Gefahr extremistischer Parteien zu warnen und hervorzuheben, wie wichtig es sei, sein Wahlrecht wahrzunehmen. Sie vergaßen dabei, dass es sich bei einem Großteil der Anwesenden um die falschen Adressaten handelte, denn die Teilnehmer von Veranstaltungen wie dem EYE interessieren sich in der Regel stärker für Politik als der durchschnittliche europäische Bürger. Viele der Teilnehmer brachten ihre Frustration angesichts der Aussichtslosigkeit ihrer Lage zum Ausdruck. Eine Teilnehmerin aus Ungarn, Mercedesz Oszlanczi, meinte:

„Wir haben zwar einige Lösungen, beispielsweise die Jugendgarantie und an den Hochschulen angesiedelte Dienste für Studenten, aber ich sehe beim besten Willen kein Ende der Krise. Die Teilnehmer vom EYE gehören dabei noch zu den Privilegierten ihrer Generation.“

Die Europäische Union bietet zwar eine Reihe von Programmen für Studenten, junge Arbeitnehmer und Unternehmer an, aber es dürfen auch jene nicht vergessen werden, die mit dem Andauern der Wirtschaftskrise für die von extremistischen Parteien angebotenen einfachen Lösungen immer empfänglicher werden. Beim Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit sollten nicht mangelnde Qualifikationen auf Seiten der jungen Menschen im Brennpunkt stehen, sondern es muss darum gehen, die in und zwischen den Mitgliedstaaten bestehenden sozialen Ungleichheiten zu verstehen.



Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen ist zwar zu einem großen Teil auf die Rezession von 2008 zurückzuführen, er hat sich aber auch fortgesetzt, nachdem sich die ökonomischen Turbulenzen etwas gelegt hatten. Damit nicht nur Lösungen ermittelt werden, sondern künftiger Jugendarbeitslosigkeit vorgebeugt werden kann, muss ein umfassenderes Verständnis von dem Problem entwickelt werden.

Agne Paksyle aus Litauen vertritt die Ansicht, dass das größte Problem in der mangelnden Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Bildungswesen, Arbeitgebern und jungen Menschen besteht:

„Zwischen Ausbildern und Arbeitgebern besteht eine breite Kluft. So entstehen Diskrepanzen zwischen den angebotenen und den von Arbeitgebern nachgefragten Qualifikationen. Schulen und Hochschulen rüsten Studenten mit akademischem Wissen aus, ohne ihnen auch praktische Erfahrungen zu vermitteln. Deshalb schlage ich die Einrichtung eines problemlos zugänglichen und leicht verständlichen umfassenden Informationssystems vor, in dem junge Menschen alle notwendigen Informationen finden können: Karriereaussichten, Stellenprognosen, Bedarf am Arbeitsmarkt, Zufriedenheit der Arbeitgeber mit Absolventen verschiedener Programme usw.“

Ideenbox Jugendarbeitslosigkeit

Einige Beispiele der Ideen, die von jungen Teilnehmern während des EYE hervorgebracht und diskutiert wurden

Neuer Marshallplan für Europa:

Sanierungsplan mit einer Mittelausstattung von bis zu 2 % des BIP der EU zur Unterstützung junger Menschen und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Öffentliche Investitionen:

EU-Fördermittel für Forschungsvorhaben und für die Schaffung von Arbeitsplätzen in der umweltverträglichen Wirtschaft.

Bildungsstipendien:

Zugang zu freien und hochwertigen formalen und nicht-formalen Bildungsangeboten für Alle, umfassende Bildungsstipendien, vor allem für Kinder aus einkommensschwachen Familien.

Grundeinkommen:

Anspruch auf ein an keine Bedingungen gebundenes Grundeinkommen von der Geburt bis zum Tod. Einführung des vergleichbaren Mindestlohns in allen EU-Ländern.

Mobilität:

Erhöhung der Mobilität der jungen Generation durch Aufstockung und Verbesserung des Fremdsprachenunterrichts, Verpflichtung zur Teilnahme an einem einjährigen Schüleraustausch im Ausland an allen europäischen Gymnasien, umfangreiche Förderung von Studentenaustauschprogrammen, bessere Anerkennung von Abschlüssen und Zeugnissen sowie Förderung von Austauschprogrammen zwischen Unternehmen in der EU, in deren Rahmen junge Europäer die interkulturellen und sprachlichen Kompetenzen erwerben, die sie benötigen, um im Wettbewerb der globalisierten Wirtschaft bestehen zu können.

Bildungswesen:

Harmonisierung der Lehrpläne in Europa, Aufstellung EU-weit einheitlicher Bildungs- und Ausbildungsziele und Einrichtung dualer Bildungssysteme in ganz Europa, die die Entstehung wirksamer Verbindungen zwischen den Bildungs- und Arbeitsmärkten bewirken.

Datenbank für Praktika:

Zentrale europäische Datenbank für Praktika (mit der Möglichkeit für Rückmeldungen und Bewertungen, die die Weitergabe von Informationen zu Praktikumsplätzen und einen entsprechenden Qualitätsvergleich ermöglichen).

Finanzielle Anreize:

Finanzielle Vorteile für Unternehmen, die Arbeitnehmer unter 25 Jahren einstellen, Steuervergünstigungen für kleine und mittlere Unternehmen.

Gleichberechtigung:

Bestrafung aller Arten der Diskriminierung (Rasse, Geschlecht, Alter usw.) durch Arbeitgeber.

Öffentliche Investitionen:

Stärkere Förderung junger Unternehmer und neuer Kooperativen, beispielsweise in Form von Steuervergünstigungen oder Beratungsangeboten.

Hochwertige Arbeitsplätze für alle

– Ein Kommentar des Europäischen Jugendforums

Im Februar 2014 waren etwa 5,4 Millionen Menschen unter 25 Jahren in der EU arbeitslos. Das sind 22,9 % der jungen Bevölkerung¹. Die jungen Menschen und die Gesellschaften, in denen sie leben, wurden von der gravierenden Jugendarbeitslosigkeit schwer getroffen. Junge Menschen sind in erhöhtem Maße von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen und laufen zunehmend Gefahr, nur noch minderwertige, prekäre Arbeitsstellen zu finden. 42 % der jungen Arbeitnehmer in Europa haben befristete Verträge, bei erwachsenen Arbeitnehmern trifft das nur auf 11 % zu². Außerdem sind junge Menschen am Arbeitsmarkt oft Opfer von Vorurteilen und Diskriminierung. In einigen EU-Mitgliedstaaten steht jungen Menschen nicht derselbe Anspruch auf einen Mindestlohn und sozialen Schutz wie der älteren Bevölkerung zu.

Der Ansatz zum Abbau der gravierenden Jugendlosigkeit sollte sich nicht darauf beschränken, einfach nur „irgendwelche Stellen“ zu finden. Das Recht auf eine menschenwürdige Arbeit und der Schutz vor Arbeitslosigkeit sind grundlegende Menschenrechte. Einen hochwertigen Arbeitsplatz zu finden, ist für junge Menschen die Voraussetzung dafür, dass sie ganz am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und unabhängig entscheiden können.

Jugendarbeitslosigkeit beim EYE

Dem Thema Jugendarbeitslosigkeit wurde beim EYE zweifellos die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Die Lage der jungen Menschen, die sich den Herausforderungen des Arbeitsmarkts stellen müssen, ist nicht zu beneiden. Die jungen Teilnehmer haben im Rahmen vom EYE eine Reihe von Vorschlägen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit vorgebracht. Diese Ideen reichten von einem „neuen Marshallplan für Europa“ zur

Schaffung von sechs Millionen Arbeitsplätzen für junge Menschen über die offizielle Anerkennung nicht-formaler Bildungsabschlüsse bis hin zu einem garantierten Sozialschutz für Unternehmer. Im Zusammenhang mit stärkerer Mobilität wurden auch digitale Hilfsmittel in den Fokus gerückt, und was die Sicherstellung der Chancengleichheit für Alle betrifft, wurde der Zugang zu Kinderbetreuung betont.

Das Europäische Jugendforum und die Jugendarbeitslosigkeit

Das Europäische Jugendforum tritt dafür ein, dass zur Umkehrung der Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in folgenden Punkten EU-Maßnahmen getroffen werden:

- **Investitionen in die Schaffung von Arbeitsplätzen**

Das Europäische Jugendforum unterstützt Ansätze, die einer Umkehrung der Entwicklung dienen und auf einen Übergang von Sparprogrammen zu europäischen und nationalen Maßnahmen setzen, die auf der Grundlage sozialer und ökologischer Normen beschäftigungsintensives Wachstum fördern. Die letzten Sparmaßnahmen haben nicht nur beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit versagt; Untersuchungen haben ergeben, dass diese Maßnahmen im Gegenteil zu einer weiteren Zuspitzung der Lage geführt haben und die Zukunft einer ganzen Generation aufs Spiel gesetzt wurde.

- **Hochwertige Beschäftigung**

Junge Menschen in Europa haben Anspruch auf hochwertige und stabile Beschäftigungsverhältnisse. Zu einem hochwertigen Arbeitsplatz gehören auch das Recht auf sozialen Schutz, Beschäftigungsschutz, einen diskriminierungs-

freien Mindestlohn sowie gute und sichere Arbeitsbedingungen. Ein erster Schritt in diese Richtung könnte darin bestehen, für hochwertige Praktikumsstellen zu sorgen. Hier haben die Mitgliedstaaten die jungen Menschen im Stich gelassen, denn sie haben sich auf eine unzureichende Empfehlung geeinigt, die Spielraum für einen Missbrauch des Praktikumsystems lässt.

• Jugendgarantie

Das Jugendforum ist sich bewusst, dass die Jugendgarantie Jugendorganisationen, Sozialpartnern, zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Entscheidungsträgern auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene durchaus eine Grundlage bieten kann, wenn es darum geht, eine umfassende Strategie für den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit auf den Weg zu bringen. Damit sie vollständig umgesetzt werden kann, sind jedoch hohe Investitionen nötig, und die vorgesehenen 6 Mrd. Euro reichen dafür nicht aus.³

• Junge Unternehmer

Das Jugendforum bekräftigt seine Überzeugung, dass es jungen Menschen zusteht, als Unternehmer die Gelegenheit zu erhalten, positiven Einfluss auf die Gesellschaft zu nehmen und sich eine stabile Zukunft aufzubauen. Gleichzeitig sind junge Menschen dabei oft benachteiligt und scheitern daran, dass sie sich die Gründung eines Kleinunternehmens nicht leisten können, weil in der Anfangsphase das Einkommen bei unregelmäßigen Arbeitszeiten zu niedrig ist. Deshalb gilt es, jungen Unternehmen Unterstützung und Ressourcen bereitzustellen.

• Anerkennung nicht-formaler Bildungsabschlüsse

Schließlich muss nach Auffassung des Jugendforums bei der Vorbereitung junger

Menschen auf den Arbeitsmarkt auch der nicht-formalen Bildung eine wichtige Rolle zukommen. Die Mitarbeit in Jugendorganisationen ist gerade für den Aufbau von Sozialkapital und die Entstehung neuer beruflicher Entwicklungswege wertvoll – vor allem für junge Menschen, die sich weder in einer Ausbildung oder Lehre befinden noch im Erwerbsleben stehen (sogenannte „NEET“ – Not in Education, Employment or Training), Schulabbrecher und junge Migranten⁴. Die bei der Arbeit in Jugendorganisationen gesammelten Erfahrungen und die durch nicht-formale Bildung erworbenen Fertigkeiten müssen von Arbeitgebern und Anbietern formaler Bildung stärker anerkannt werden.

¹ http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-01042014-AP/EN/3-01042014-AP-EN.PDF

² Europäisches Gewerkschaftsinstitut, *Benchmarking Working Europe 2012*, ETUI, Brüssel

³ IAO (2012), *Eurozone job crisis: Trends and Policy responses*, Internationales Institut für Arbeitsfragen, Genf

⁴ Vom Jugendforum in Auftrag gegebene Studie zum Einfluss der in Jugendorganisationen erworbenen nicht-formalen Bildung auf die Arbeitsmarktfähigkeit junger Menschen: http://issuu.com/yomag/docs/reportmfe_print

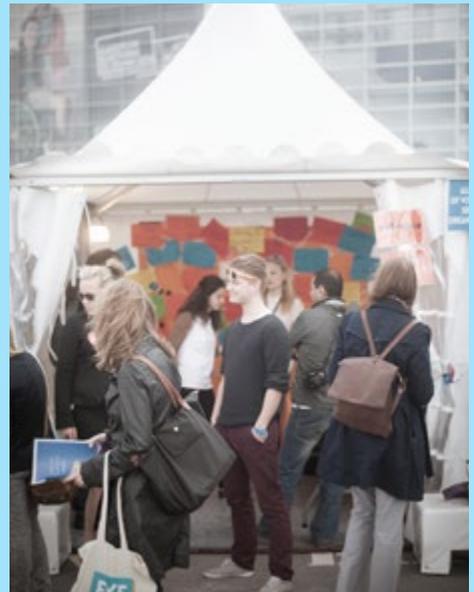




Foto-Shooting im EYE Social Media Lab



Digitale Revolution Die Zukunft des Internet

Das 21. Jahrhundert ist von einer immer stärkeren Dominanz aller Lebensbereiche durch die Nutzung digitaler Technologien gekennzeichnet. Dies gilt für die persönliche Ebene – die Aneignung von Wissen, das Berufsleben, die Freizeit – ebenso, wie für ganze Nationalstaaten, internationale Organisationen und Einrichtungen. Digitale Technologien prägen unsere Art zu denken und zu leben und unsere Kultur inzwischen in einem Maße, dass Einige unser Verhältnis zu diesen Technologien zu hinterfragen beginnen.

Sind wir technologiegesteuert? Werden wir, weil wir die Technologie nutzen, von Dritten gesteuert? Was geschieht mit den Daten, die die Geräte über uns sammeln? Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass neue Technologie unser Leben in ebenso vielfältiger Weise verändert, wie dies im 20. Jahrhundert durch Medizin, Verkehrs- und Kommunikationstechnik geschehen ist. Was den Bereich der Kommunikation betrifft, gibt es schriftliche Kommunikation bereits seit Jahrtausenden. Aber die Popularität und die Geschwindigkeit, mit der Innovationen wie soziale Medien das Alltagsleben der Menschen erobert haben, haben dem Begriff „Revolution“ zu neuem Leben verholfen.

Wie tief ist diese digitale Revolution in der Gesellschaft verwurzelt? Positivistisch gefragt: Hat diese Revolution dazu geführt, dass sich die berühmten Ideale der französischen Revolution von 1789 – Liberté, égalité, fraternité – schneller verbreiten? Herrschen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit?

Liberté (Freiheit)

Individuum vs. System, Technologie vs. Inhalt – diese Debatten werden sowohl online als auch offline geführt, denn das Internet ist längst kein passiver Raum mehr. Nutzer sind heute sowohl Konsumenten als auch Autoren der Beiträge im Internet und verbreiten

Informationen an eine weltweite Leserschaft. Das Internet bietet zahllose demokratische Kommunikationsmöglichkeiten, die sich nicht nach physischen Grenzen richten, sondern an gemeinsamen Interessen ausgerichtet sind. Dieser Freiheit stehen Akteure gegenüber, deren Ziel darin besteht, die über Plattformen sozialer Medien, E-Mail-Konten und persönliche Blogs gesammelten Nutzerinformationen zu verwerten.

Im Oxford Dictionary sind für den Begriff „Freiheit“ viele Definitionen aufgelistet. Freiheit ist die Befugnis oder das Recht, selbstbestimmt zu handeln, zu reden und zu denken, und Freiheit ist auch der Zustand, keinen Einschränkungen zu unterliegen und sich frei bewegen zu können. Davon ausgehend kamen beim EYE in Bezug auf die digitale Freiheit des Individuums – sowohl online als auch offline – die nachstehend genannten Themen zur Sprache.

Die Mächtigen im Blick behalten

Mit dem Internet sind zweifellos ein Raum für den unabhängigen Journalismus der Bürger und eine Art der Berichterstattung entstanden, die häufig auf einfache Mitglieder der Zivilgesellschaft zurückgeht. Ein oft zitiertes Beispiel ist die Nutzung der sozialen Medien während des Arabischen Frühlings 2010. Damals zeigte sich am Beispiel vieler Länder, wie wichtig die Plattformen sozialer Medien sind, wenn

es darum geht, dass Nachrichten Verbreitung finden und die Menschen sich Gehör verschaffen können. Entsprechend werden soziale Medien oft als Mittel zur Durchsetzung der Redefreiheit in undemokratischen Ländern betrachtet und von demokratischen Gesellschaften im Allgemeinen bejaht.

NSA und Datenschutz

Die bisher intensivste Debatte über die persönliche Freiheit von Internetnutzern begann im letzten Jahr, mit dem durch die Enthüllungen des Informanten Edward Snowden ausgelösten NSA-Überwachungsskandal. Seitdem wird Datenschutz auf verschiedenen Ebenen umfassend diskutiert. Der Kommission wurden verschiedene Vorschläge unterbreitet, mit denen das Anliegen verfolgt wurde, den Datenschutz bis Ende 2014 zu reformieren, das Recht des Bürgers auf Löschung seiner Daten durchzusetzen und für einen besseren Zugang der Bürger zu ihren eigenen Daten zu sorgen.

Der NSA-Skandal hat sich als politisch sensibles Problem erwiesen. Während einige europäische Entscheidungsträger forderten, in dieser Sache gemeinsam eine unmissverständliche politische Botschaft an die Adresse der Vereinigten Staaten zu senden, zeugen die Entwicklungen sowohl auf einzelstaatlicher als auch auf internationaler Ebene von ganz anderen Absichten. Abgesehen von der Rhetorik auf EU-Ebene (die im Wesentlichen das Recht der EU-Bürger auf Privatsphäre verteidigt) betreiben Frankreich, Deutschland, das Vereinigte Königreich und mehrere andere europäische Länder selbst Massenüberwachungsprogramme.

Am 12. März 2014 wurde im EP über den Vorschlag der Kommission für eine Datenschutzverordnung abgestimmt. Der Vorschlag wurde mit 621 Stimmen bei 10 Gegenstimmen angenommen. Die zentrale Frage – Wie ist es möglich, die Privatsphäre zu schützen, ohne die Behörden an der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu hindern? – bleibt jedoch weiter ungeklärt. Überwachung und Überwachungskameras sind Mittel zur Bekämpfung von Terrorismus und

Während einer Sitzung das Wort ergreifen



schwerer Kriminalität – wie im Fall der letzten Angriffe in Boston. Die Ergebnisse einer Studie aus dem Vereinigten Königreich belegen jedoch, dass Überwachungskameras insgesamt kaum Einfluss auf die Kriminalitätsrate haben.

Die Frage wurde beim EYE auf einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Eagle Eye – Big Data Under Control?“ ausführlich erörtert. Ein zentrales Ergebnis dieser Diskussion war die Erkenntnis, dass Big Data eine Art neue Währung sind, die als Zahlungsmittel für bestimmte Dienste dienen: Im Gegenzug für die Preisgabe persönlicher Daten können die Betroffenen einen E-Mail-Dienst oder eine Leistung in den sozialen Medien unentgeltlich nutzen. Carl Fridh Kleberg, internationaler Berichterstatler der schwedischen Nachrichtenagentur TT und einer der Redner der Veranstaltung, erklärte:

„Dass man für Dinge im Internet nicht bezahlen muss, liegt daran, dass man nicht der Kunde ist, sondern das Produkt.“

Teilnehmer des EYE stritten leidenschaftlich für den Datenschutz. Bei dem Rollenspiel mit dem Titel „Digital Duel“, bei dem eine Plenartagung des Europäischen Parlaments nachgestellt wurde, beschrieben die Teilnehmer den Datenschutz immer wieder als eines der wichtigsten Rechte des EU-Bürgers:

„Datenschutz ist etwas Grundsätzliches. Er ist Voraussetzung sowohl für die Sicherheit der Bürger und als auch für das Recht der Bürger auf Privatsphäre. Durch einen besseren Datenschutz würde das Vertrauen der Bürger in den digitalen

Markt gefestigt, und davon würde schließlich auch die Wirtschaft profitieren.; erklärte Constance, eine Teilnehmerin, die die Rolle einer Vertreterin der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa übernommen hatte.

Technologie vs. Inhalt

Im Rahmen des Ideenlabors „Brave New World“ tauschte eine Gruppe unterschiedlicher Studenten Ansichten zum Thema digitale Revolution aus. Ihre Kritik richtete sich zu einem großen Teil gegen internationale Organisationen und deren unklare Datenschutzpolitik.

Nach Auffassung der Studenten sollte der Begriff „digitale Revolution“ anhand sowohl des derzeitigen Entwicklungsstands als auch der Folgen definiert werden, die künftige Entwicklungen in Zukunft mit sich bringen könnten. Ein Twitter-Nutzer sollte sich also beispielsweise nicht nur dafür interessieren, wie schnell seine Nachrichten sich in der globalen Gemeinschaft verbreiten lassen, sondern auch in Betracht ziehen, wie Twitter für politische Debatten genutzt werden kann und wie sich unser Verständnis von „Debatte“ dadurch in Zukunft ändern wird. Die nächste Generation wird mit dem Begriff „Debatte“ kein dreistündiges Gespräch mehr verbinden. Sollten wir also die Innovatoren für die „richtige“ oder „falsche“ Nutzung ihrer Anwendungen verantwortlich machen? Ihre Technologien werden nicht zusammen mit einem Handbuch angeboten, und das ist richtig so, denn für eine demokratische Gesellschaft ist und bleibt der Schutz der Meinungsfreiheit ausschlaggebend.



Junge Abgeordnete diskutieren mit Teilnehmern die "Smart Cities" ihrer Träume

Entstehung intelligenter Städte

Ein Aspekt der Freiheit ist der der „intelligenten Städte“ – ein Konzept, mit dem nur wenige vertraut sind. Der Begriff „intelligente Stadt“ bezieht sich auf die Verknüpfung öffentlicher Dienste zur Steigerung der Effizienz und Stärkung der Wirtschaft. In Bezug auf Verkehrsnetz, Verwaltung, Wasserversorgung, Stromverbrauch u.v.m. betrifft dieser Sachverhalt tatsächlich jeden Stadtbewohner. Mithilfe digitaler Technologien entwickeln sich nach und nach alle Städte zu „intelligenten Städten“. Ska Keller, Mitglied der Grünen/EFA des Europäischen Parlaments, meint:

„Intelligente Städte sind natürlich keine Gefahr, sondern bieten eine Menge neuer Möglichkeiten. Die Frage ist nur, wie man dort, wo das wichtig ist, den Datenschutz regelt.“

Intelligente Städte aufzubauen, scheint attraktiv und gut zu unseren modernen Gesellschaften zu passen, aber angesichts der damit verbundenen Gefahr des Verlusts oder Diebstahls von Daten steht außer Zweifel, dass diese Entwicklung kontrolliert werden muss.

Egalité (Gleichheit)

Die digitale Revolution bietet auch die Chance für mehr Gleichheit in Bezug auf Möglichkeiten und Kommunikation. Freie digitale Plattformen fördern die demokratische Teilhabe und ermutigen Bürger, sich zu verschiedenen Themen zu äußern. Eine Lösung könnte in der Einführung elektronischer Abstimmungssysteme bestehen.

„Manchmal sind Menschen einfach zu faul, zum Wahllokal zu gehen, oder sie sind tagsüber beruflich so stark eingebunden, dass sie nicht zur Wahl gehen können, obwohl sie dies möchten. Heutzutage kann schon sehr viel in einer sicheren Online-Umgebung abgewickelt werden, beispielsweise Überweisungen. Die europäischen Länder sollten dafür sorgen, dass auch online oder über Smartphones gewählt werden kann, und zwar auch, wenn der Wähler sich gerade im

Ausland befindet“, erklärte Jean-François Gerard von ARTE bei der Abschlusszeremonie.

Als Voraussetzung dafür muss natürlich für Gleichberechtigung beim Zugang und in der Bildung gesorgt werden. Darüber hinaus wirkt sich die Datenerfassung nicht nur auf die Frage der Freiheit, sondern auch auf die Gleichberechtigung aus.

Diskrepanz der digitalen Kompetenzen

Die wachsende Kluft bei den digitalen Kompetenzen stellt heute Bildungseinrichtungen und Behörden insofern vor eine Herausforderung, als Angehörige bestimmter Generationen oder sozialer Gruppen nicht lernen, wie man im Internet und mit digitalen Systemen arbeitet. Nach Ansicht des Direktors des Referats für die Beziehungen zu den Bürgern der Generaldirektion Kommunikation des Europäischen Parlaments, Stephen Clark, verläuft zwischen den Generationen, die ohne Technologie heranwachsen, und jenen, die damit aufwachsen, eine klare Trennlinie, wobei er betont, dass diese kulturell bedingte Ungleichheit nicht bedeutet, dass die Menschen nicht lernfähig oder anpassungsunfähig sind.

In direktem Zusammenhang mit der Frage nach der digitalen Kompetenz steht auch die Auffassung, dass der Zugang zum Internet ein Menschenrecht ist. Vertreter dieser Ansicht argumentieren, dass der Internetzugang inzwischen Grundlage der freien

Meinungsausübung sei. Finnland war 2010 das weltweit erste Land, das den Breitbandzugang zu einem Rechtsanspruch jedes Bürgers erhob.

Bildung: Ist die Zukunft online?

Wie viele andere Aufgaben öffentlicher Einrichtungen verlagert sich auch die Bildung zunehmend in die Online-Welt. Bei einem System, in dem online öffentlicher Zugang zum Kursangebot besteht, können Studenten aus der ganzen Welt Kurse wählen und zeitlich einplanen, sich flexibel einen Eindruck von der Relevanz des angebotenen Lehrstoffs verschaffen und wiederholt gratis auf das Lehrmaterial zugreifen.

Der freie Zugang zu Bildungsmaterial und offene Online-Kurse für hohe Nutzerzahlen sind in letzter Zeit als neuer Trend gepriesen worden, der den Zugang zu Bildung für Alle verbessern wird. Beim EYE kamen Teilnehmer zu einer Diskussion über die Möglichkeiten solcher Kurse zusammen. Inzwischen hat die Zahl der Hochschulstudenten die 200-Millionengrenze erreicht, und in Europa soll sie bis 2030 auf 400 Millionen steigen. Mit Blick auf die Zukunft scheint es also darum zu gehen, weitere Bildungsmöglichkeiten zu schaffen.

Die meisten Teilnehmer beschäftigte vor allem die Frage, ob mit offen zugänglichen Hochschulkursen ihre Chancen am Arbeitsmarkt steigen und ob im Rahmen solcher Kurse wirklich hochwertige Bildungsinhalte angeboten werden. Die Diskussion lieferte keine endgültigen Antworten auf diese Fragen, doch als wichtigste Herausforderungen, die es zur Bereitstellung offener Online-Kurse in Europa zunächst einmal zu bewältigen gilt, nannten die Teilnehmer das Fehlen digitaler Kompetenzen, die Unzulänglichkeit der technischen Ausrüstung und die mangelhafte Ausrichtung der Bildungssysteme der Mitgliedstaaten auf IKT.

Kriminalitätsbekämpfung durch Erfassung persönlicher Daten?

Die Cyberkriminalität hat zweifellos zu gesetzlichen Änderungen geführt, und zwar nicht nur auf der Ebene der Nationalstaaten,



Teilnehmer erfahren wie Technologie und Fitness durch die iDance Machine miteinhergehen können

Berichtersteller stellt bei der Abschlussfeier Ideen von EYE-Diskussionen vor



Identität in Verbindung zu bringen, aber bei genauerer Betrachtung offenbaren sich einige neue Erkenntnisse:

„Über Jahrzehnte haben sowohl Spiele-Entwickler als auch Anwender Computerspiele als reine Unterhaltung betrachtet. Das führte zwangsläufig dazu, dass Skeptiker darauf beharrten, dass Computerspiele eine Generation entfremdeter, unsozialer, aggressiver junger Menschen hervorbringen würden“, erklärt Konstantin Mitgutsch, Game Design Consultant. *„Heute geht die Entwicklung in die Richtung von Computerspielen mit Lerninhalten, die zu Bewegung, zum Nachdenken oder zur Konfliktvermeidung anspornen. Wir entwickeln Computerspiele, die nicht nur einfach unterhalten, sondern eine revolutionäre Neuausrichtung in der Bildung einläuten und positiven Einfluss auf das gesellschaftliche Leben nehmen könnten.“*

Echter Dialog zwischen Politikern und Bürgern?

Könnten digitale Lösungen unterschiedliche Gruppen von Menschen einander tatsächlich näher bringen und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern? Die EU ist für viele EU-Bürger ein abstraktes, fernes Gebilde. Sie erkennen nicht, inwiefern die EU sich auf ihren Lebensalltag auswirkt.

„Die derzeitigen digitalen Plattformen sind nicht auf Gespräche, sondern auf die Zustellung von Nachrichten ausgerichtet. Bei GovFaces wird die Leistungsfähigkeit sozialer Medien genutzt, um Bürger und Politiker zusammenzubringen. Politiker haben Konten bei Facebook und Twitter,

über die sie Redebeiträge und Fotos posten, aber sie interagieren nicht. Auf GovFaces können sie dagegen nicht senden, sondern nur interagieren“, erklärt Connor Sattely, Chief Operating Officer der Plattform GovFaces.com.

Auf der Plattform hat der Politiker ein Profil, und Bürger fügen Fragen, Vorstellungen oder Vorschläge hinzu, die per Abstimmung unterstützt oder abgelehnt werden können. Der Politiker kann die Fragen dann schriftlich oder mit einer Videonachrichtigung beantworten. Zurzeit wird die Plattform von 45 Politikern für Kontakte zum Bürger genutzt.

In einer sich schnell verändernden globalen Gemeinschaft, in der jeder von Unmengen an Daten umgeben ist, sich Informationen binnen Sekunden in der ganzen Welt verbreiten und Bewohner unterschiedlicher Kontinente einfach per Mausklick Kontakt aufnehmen können, stehen die möglichen Auswirkungen des Internet auf die Zukunft der Welt in der Europäischen Union ganz oben auf der Tagesordnung.

„Ich bin der Meinung, dass junge Europäer sich in virtuellen Räumen frei und unabhängig von ihrem Wohnort über ihre Vorstellungen austauschen können“, sagt Benedicte King von der Ludwigsburger Initiative.

Sie glaubt, dass die immer leistungsfähigeren Online-Kommunikationssysteme als Brücke zwischen Kulturen, Gedanken und Menschen in ganz Europa dienen und nach und nach Einfluss auf die Gestaltung der Zukunft Europas nehmen könnten – zusammen mit den jungen Menschen, die in wenigen Jahren die Verantwortung übernehmen werden.

Ideenbox Digitale Revolution

Einige Beispiele der Ideen, die von jungen Teilnehmern während des EYE hervorgebracht und diskutiert wurden

Digitale Rechte:

Internetnutzer sollten umfassende und gleiche Rechte haben, und der gleichberechtigte Zugang zu Informationen sowie das Recht auf Privatsphäre und Datenschutz sollten Menschenrechte sein.

Medienfreie Bereiche:

Damit angesichts der Allgegenwart der IT-Technologie Rückzugsmöglichkeiten bestehen, sollten medienfreie Bereiche geschaffen werden.

Digitale Bildung:

An den Schulen müssen digitale Fähigkeiten und Fertigkeiten vermittelt werden, und die Schüler müssen für digitale Rechte und Datenschutz sensibilisiert werden, damit eine Generation ganzheitlich gebildeter digitaler Experten heranwachsen kann.

Investitionen:

Die Investitionen in neue europäische digitale Technologien müssen ebenso aufgestockt werden wie die EU-Fördermittel für nichtstaatliche Organisationen, die an der Verbesserung des Datenschutzes arbeiten.

Digitale Verfassung:

Es muss ein Europäischer Kongress für die digitale Zukunft stattfinden, an dem Bürger und Vertreter aller Bereiche der Gesellschaft aus allen EU-Ländern teilnehmen, um eine digitale Verfassung zu entwerfen. In dieser Verfassung sollten die durchsetzbaren Rechte des Einzelnen im Bereich der digitalen Kommunikation verankert sein: das Recht auf Zugang, das Recht auf Ausübung einer Geschäftstätigkeit, aber auch das Recht auf Privatsphäre und Datenschutz. Darüber hinaus müssen darin die Maximen für eine echte europäische IT-Infrastruktur festgelegt sein.

Technische Innovation:

In den Bereichen Internetsicherheit und Cloud-Computing muss in der EU für mehr Innovation und Zusammenarbeit gesorgt werden. Die Entwicklung eines Risikoindikatoren für Piraterie sollte ebenso gefördert werden wie ein europäisches Antivirenprogramm, das zu einem erschwinglichen Preis oder sogar kostenlos zur Verfügung gestellt wird.

Privatsphäre und Datenschutz:

Es sollte eine Europäische Agentur für den Schutz der Bürger geschaffen werden, die Sorge für das Recht der EU-Bürger auf Privatsphäre und Sicherheit im Internet trägt. Europa sollte die digitale Führungsrolle übernehmen – mit dem fachlichen Wissen in und dem inhaltlichen Schwerpunkt auf dem Bereich Datenschutz und Sicherheit – und höhere Sicherheitsstandards für Hersteller von Software und Hardware entwickeln.

Wi-Fi für Alle:

Alle müssen überall Zugang zu freiem und offenem Wi-Fi und Internet haben.

Offener Zugang:

Zu Wissen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen muss offener Zugang bestehen, Open-Source-Software und kostenlose kulturelle Inhalte (Filme, Musik, Spiele) sollten gefördert werden.

Transparenz:

Im Interesse der Transparenz sollte ein unabhängiger EU-Medienkanal gegründet werden.

Gestaltung der Zukunft des Internet

– Ein Kommentar des Europäischen Jugendforums

Junge europäische Bürger gehören weltweit zu den am besten vernetzten und fähigsten Nutzern von Internet und neuen Medien. In mehr als 25 Ländern nutzen mehr als 95 % der jungen Menschen das Internet, und etwa 63 % der 16-24-jährigen nutzen bereits einen mobilen Internetzugang¹. Die Jugend ist für Anbieter von Internetdiensten und Inhalten die wichtigste Zielgruppe geworden und hat sich, was die Erstellung und Verbreitung von Informationen mithilfe neuer Medien betrifft, zur aktivsten Gruppe entwickelt. Zu den wichtigsten Anliegen, die junge Menschen und Jugendorganisationen in den letzten Jahren formuliert haben, zählen zuverlässige und schnelle Internetverbindungen, das Recht auf Privatsphäre und Datenschutz, das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Teilhabe der Bürger.

EYE war eine Gelegenheit, die so genannte „digitale Revolution“ zu thematisieren, und es wurde zum Anlass genommen, um die Öffnung der Entscheidungsprozesse über die Zukunft des Internet für junge europäische Bürger voranzutreiben. Zu den 5 500 jungen Menschen, die in Straßburg zusammentrafen, gesellten sich hunderte Europäer, die die Veranstaltung online verfolgten.

Ein digitales End-to-End-Jugend-Event

Das Europäische Jugend-Event war in Bezug auf die Teilnahme als digitale End-to-End-Veranstaltung geplant. Vor, während und nach der Veranstaltung konnten Teilnehmer weiter in Kontakt treten und mithilfe entsprechender digitaler Tools ihre Meinung beisteuern. Außerdem fand über die Profile der sozialen Medien des Europäischen Parlaments und des Europäischen Jugendforums während der Veranstaltung eine Live-Gesprächsrunde statt,

um die Veranstaltung auch für junge Menschen zu öffnen, die nicht nach Straßburg kommen konnten.

Junge Menschen hatten während der drei Tage, an denen das EYE stattfand, die Gelegenheit, sich zum Thema digitale Revolution auszutauschen. Die Teilnehmer diskutierten darüber, inwiefern die sozialen Medien eine Öffnung der politischen Entscheidungsprozesse und eine stärkere Beteiligung der Bürger bewirken können, sowie über die komplexe Frage von Big Data als moderner Währung und ihre Auswirkungen auf die Rechte von Internetnutzern.

Das Europäische Jugendforum und die digitale Revolution

Die Orientierung im hochkomplexen, sich ständig weiterentwickelnden Bereich der digitalen Revolution ist eine gewaltige Herausforderung, der sich das Europäische Jugendforum jedoch weiterhin stellen wird. Die Europäische Union muss in Bezug auf Kommunikationstechnologie einen vorausschauenden Ansatz verfolgen und dafür sorgen, dass die Rechte der Bürger geschützt sind und die politischen Strategien zweckmäßig und zeitgemäß sind. Für das Jugendforum sind vor allem die folgenden Punkte von Bedeutung:

• Ein auf Rechten gegründeter Ansatz

Im Mittelpunkt der Ausarbeitung neuer medienpolitischer Strategien und Maßnahmen der Internet-Governance muss der Nutzer stehen, und der Schwerpunkt muss weiterhin auf demokratischen Werten, Freiheit und Menschenrechten sowie auf dem gleichberechtigten Zugang Aller zum Internet liegen.



Zukunft der Europäischen Union

Kann die junge Generation es besser machen?

Die Europäische Union entwickelt sich ständig weiter, das ist seit ihrer Gründung so gewesen. Die EYE-Teilnehmer wurden zu Debatten, Podiumsdiskussionen, Rollenspielen und vielen anderen Aktivitäten eingeladen. Dabei ging es um die Frage, was die Zukunft für die EU bringen könnte.

Als das europäische Projekt 1952 auf den Weg gebracht wurde, war es Robert Schumans Traum, dass die Gemeinschaft sich nach und nach zu einer stark integrierten Union entwickeln würde. Damals wie heute war es jedoch unmöglich, alle Herausforderungen abzusehen, die sich auf diesem Wege stellen würden. Während eines „Ideentests“, bei dem es um die Frage ging, wie den Bürgern vermittelt werden kann, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Demokratie und Effizienz bestehen muss, diskutierten kluge junge Menschen und politische Entscheidungsträger mögliche Reformen im Hinblick auf die europäische Integration. Einer der wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung war die Frage, wie erreicht werden kann, dass die Belange junger Menschen und Angehöriger von Randgruppen besser in den europäischen Rechtsvorschriften berücksichtigt werden.

Ist die Europapolitik elitär?

Monika Kalinowska, eine junge Teilnehmerin aus Polen, wies auf die Professionalisierung der Politik sowie auf den Umstand hin, dass viele den Eindruck haben, Europapolitik werde, wie sie sich ausdrückte, für die „Reichen“ gemacht:

„Das elitäre Gewand der Europapolitik sorgt bei Weitem für mehr Kontroversen als der Mangel an Transparenz in Bezug auf den Europäischen Rat. Wäre die EU-Politik mehr auf Inklusion und weniger auf Eliten ausgerichtet, würden bestimmte politische Akteure mühelos mehr öffentliche Unterstützung erhalten – allerdings

greift diese Ausrichtung angesichts der Komplexität der Politik allgemein zu kurz.“

Anna Burek wies darauf hin, dass Ideenträger und Politiker sich bei der Veranstaltung eigentlich als gleichberechtigte Partner hatten austauschen sollen; ihr sei aber aufgefallen, dass die Politiker dazu neigten, jenen, die Lösungsvorschläge zu unterbreiten versuchten, weniger Aufmerksamkeit zu schenken:

„Auf die unterbreiteten Vorschläge wurde kaum eingegangen. Es wurde nur darüber abgestimmt, ob es sich um gute oder schlechte Ideen handelte – und Schluss.“

Soetkin Verhaegen aus Belgien stimmte dem zu:

„Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass es bei solchen Treffen nur ums Reden und um leere Versprechen geht. Aber die Tatsache, dass sie überhaupt stattfinden, ist ein Zeichen dafür, dass wir uns in die richtige Richtung bewegen.“

Von den Teilnehmern war unter anderem vorgeschlagen worden, die Gleichberechtigung zu fördern, Europa sowohl in politischer als auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht zu einen



Zukunft der Europäischen Union

und der Jugend Mobilität zu ermöglichen. Viele der Teilnehmer vertraten die Ansicht, dass das Bestehen gemeinsamer wirtschaftlicher und politischer Interessen einer der wichtigsten Vorteile ist, den die EU bietet.

Eine Union für wen?

Bei vielen Veranstaltungen wurden von den Teilnehmern die verschiedenen existenziellen Bedrohungen der Union angesprochen, wobei die Marginalisierung kleiner Länder und die zunehmende Verbreitung von Nationalismus und Euroskeptizismus zu den schlimmsten Gefahren für Europa gehören. Wenn es um die Schwächen der EU ging, herrschte das allgemeine Gefühl, es mangle in Europa weniger an Einheit als an „Stolz“ auf die EU und an einer gemeinsamen Außenpolitik.

„Junge Menschen müssen sich mit den Schwächen der Europäischen Union und ihren existenziellen Bedrohungen auseinandersetzen beginnen, da diese andernfalls Oberhand gewinnen können. Außerdem müssen junge Menschen die Argumente sowohl von Europaskeptikern als auch von Befürwortern der EU kennen und verstehen“, sagte Federico Guerrieri, Generalsekretär der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF-Europe), auf einer der Veranstaltungen.

In einer als Schlagabtausch gestalteten Gesprächsrunde, in der jeder Teilnehmer zwei Minuten Redezeit hatte und an der acht Redner aus unterschiedlichen Bereichen teilnahmen – u. a. MdEP, junge Aktivisten und Journalisten – wurden viele verschiedene Themen angeschnitten, z. B. Migration, Wahlen, Frauenquote, Bildung und Jugendarbeitslosigkeit. Ein Thema war auch die Rolle, die junge Menschen in der Europäischen Union spielen. Es löste in der Kammer des Europäischen Parlaments eine angeregte Debatte aus:

„Wenn gesagt wird, dass junge Menschen die Zukunft sind, wird in Wirklichkeit oft gemeint, dass wir dann die Entscheidungen von Morgen treffen dürfen“, erklärte Emma Mustala vom finnischen nationalen Jugendrat.

Eine bunte Wange für ein buntes Wochenende



Peter Oomsels, der Vizepräsident von JEF-Europe aus Belgien brachte die Idee einer neuen Zentralregierung für die Länder des Euro-Währungsgebiets vor:

„Es ist unmöglich, die Währung von 18 Ländern zu verwalten und gleichzeitig Entscheidungen für 28 Mitgliedstaaten zu treffen.“

Einige Themen wurden im Austausch mit dem Publikum erörtert, das Fragen stellen und über vorgebrachte Ideen abstimmen konnte. Während eine stärkere Sensibilisierung für das Recht auf Privatsphäre im Internet bei der Abstimmung von 83,7 % der Stimmberechtigten eindeutig bejaht wurde, fiel die Abstimmung über die Frauenquote nicht so eindeutig aus, denn fast die Hälfte der Stimmberechtigten stimmten für eine Abschaffung, 35 % waren dagegen, und 17 % enthielten sich der Stimme.

„Wenn ich eine Stelle bekäme, würde ich mich dann immer fragen, ob das vielleicht nur an der Quote liegt, oder ob ich die Stelle tatsächlich wegen meiner Qualifikationen bekomme“, erklärte M. Mehmood, eine Teilnehmerin aus Dänemark, zu der Idee, auf dem Arbeitsmarkt Frauenquoten einzuführen.

Bildung an der Tagesordnung

Das Thema einer am Vormittag stattfindenden Debatte im YO!Globe am 9. Mai lautete „Welche Bildung braucht Europa?“ Dieser Titel konnte – in Abhängigkeit von Herkunftsland, Alter und Wirtschaftsphilosophie als Frage, aber auch als dringende Bitte gelesen werden. Das

60 Teilnehmer zählende Publikum, vorwiegend Hochschulstudenten oder solche, die es werden wollen, konnte durch Hochhalten von Pappschildern mit entsprechenden Symbolen ihre Zustimmung oder Ablehnung der vorgetragenen Lösungen anzeigen. Ironischerweise wurden für die Schilder die Like-Symbole von Facebook verwendet, also Symbole einer Website, die als einer der schlimmsten Feinde der konzentrierten Studien- oder sonstigen Arbeit gilt.

Während der von den Organisationen der Schüler und der Hochschulstudenten in Europa – ESU und OBESSU – organisierten Veranstaltung wurde das weiße Zelt des YOIGlobe mehrfach von heftigen Windböen erfasst, sodass sich jeder der Anwesenden lebhaft vorstellen konnte, wie es sich anfühlen würde, in einem Golfball zu leben.

Hauptthemen der Debatte wurden zwangsläufig das Thema Geld und die Frage, wer für Bildung zahlen soll:

„Bildung kostet etwas, und einer muss für diese Kosten aufkommen – genau wie eure Eltern mit ihren Steuern für eure Bildung aufgekomen sind“, erklärte Federico Potocnik, der für eine Art spätere Abzahlung der Studienkosten ist. Auf diese Äußerung reagierte ein Teilnehmer aus dem Publikum mit dem Zuruf, dass dies einer progressiven Besteuerung gleichkomme. *„Je mehr Verantwortung man dem Staat überträgt, umso weniger Verantwortung hat man selbst – man wird zum Spielball der Politik“*, fügte Federico Potocnik hinzu.

Thomas Maes, Generalsekretär der Europäischen Jungsozialisten, wies auf eine Reihe von Aspekten hin, die verdeutlichen, wie gefährlich es ist, den Sinn von Bildung nur in der Schaffung von Arbeitskräften zu sehen:

„Bildung sollte der Erschließung des eigenen Potenzials dienen. Wenn dafür bezahlt werden muss, werden Ungleichheiten über Generationen hinweg fortbestehen“, erklärte er.

Daraufhin hob sich ein Wald aus Likes-Schildern aus der Menge. Die phasenweise recht technische Debatte verdeutlichte hinreichend, worin die wichtigste Sorge der europäischen Studenten besteht: Bildung ist im 21. Jahrhundert unweigerlich mit der Frage verbunden, wie man dafür bezahlen soll.

Gleichheit

Ein wichtiger Teil der Diskussionen drehte sich beim EYE um das Thema Inklusion und die Frage, wie gleiche Rechte und gleicher Schutz für alle bewerkstelligt werden können, und zwar unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, ethnischer Zugehörigkeit oder Religion. Alva Dahn aus Schweden erklärte:

„Alle Probleme, die aufgrund von Diskriminierung bestehen, können meines Erachtens mit entsprechenden Bildungsangeboten gelöst werden, denn im Kern sind die Probleme auf



Zwei junge Artisten treten in der Zirkusshow auf

Zukunft der Europäischen Union

Unwissenheit zurückzuführen. Den Menschen muss das Wissen vermittelt werden, damit sie das Verhalten der Einwanderer verstehen können und der Propaganda, es gehe dabei nur um mehr oder weniger Geld, keinen Glauben schenken, denn in Wirklichkeit geht es um so viel mehr. Einwanderung – das ist auch die Aneignung oder der Verlust einer Kultur, und zwar mit dem Akzent auf der Aneignung der neuen Kultur.“

Verbindungen über den Atlantik

Mit der Videokonferenz „Strasbourg Calling“, die von Andreas Galanakis, Leiter der Politikabteilung der Amerikanischen Handelskammer bei der Europäischen Union, moderiert wurde, wurde das Anliegen verfolgt, die Beziehungen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten zu untersuchen und zu erörtern. Die europäische Seite wurde dabei durch EYE-Teilnehmer repräsentiert, die Vereinigten Staaten waren durch amerikanische Studenten vertreten. Sie diskutierten vor dem Hintergrund des NSA-Skandals über Fragen der Überwachung, über Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, einen Kräftezusammenschluss zur Bekämpfung des Terrorismus und die Frage, wie auf die Drohungen Russlands reagiert werden könnte. Während in Bezug auf die NSA-Affäre Einigkeit darüber herrschte, dass die Angelegenheit sich im Wesentlichen zu einem Medienspektakel entwickelt habe, entflammte beim Thema Armutsbekämpfung eine lebhafteste Debatte zwischen den Partnern von dies- und jenseits des Atlantik. Am Ende bestand Konsens darüber, dass die Armut auf der Welt nur erfolgreich bekämpft werden kann, wenn im Zusammenschluss mit den Vereinigten Staaten die Ressourcen gebündelt werden.

Auseinandersetzung mit Euroskeptizismus

Während weite Teile Europas mit einem rasanten Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit zu ringen haben, die in einigen Regionen sogar 60 % erreicht, macht sich auch die Angst breit, die wachsende politische Enttäuschung junger Menschen könne in Kombination mit dem

Junge Teilnehmer nehmen die Plätze der Abgeordneten im Plenarsaal ein



um sich greifenden Euroskeptizismus zur Unterhöhnung der Zukunft der europäischen Integration führen. Auf der anderen Seite gibt es aber auch jene, die es sich zur Aufgabe machen, junge Menschen für die EU zu gewinnen und die wachsende Mauer der politischen Apathie zu durchbrechen. Eine von ihnen ist Alesandra Kluczka, Koordinatorin der Kampagne „Y Vote 2014“:

„Bei der Europawahl von 2009 lag die Wahlbeteiligung bei jungen Menschen bei nur 29 %. Das liegt vor allem am Mangel an Informationen: Die jungen Menschen fühlen sich nicht vertreten und nicht verstanden. Bei Workshops wie dem von uns angebotenen erfahren junge Menschen, wie die EU funktioniert, und das bestärkt sie darin, sich direkt einzubringen. Außerdem: Wenn Menschen früh beginnen, zur Wahl zu gehen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie auch im weiteren Verlauf ihres Lebens wählen gehen werden.“

Was die Zukunft der EU betrifft, äußerte sich Alesandra Kluczka vorsichtig optimistisch:

„Die EU ist von Nationalismus, Euroskeptizismus und radikalen Bewegungen bedroht, aber wenn ich junge Menschen in Ländern wie meiner Heimat Polen sehe, wird mir klar, dass sich

unserer Generation Chancen bieten, wie sie unsere Eltern nie hatten. Wir haben ein Europa ohne Grenzkontrollen und leben schon länger im Frieden als jeder andere Kontinent. Wir sollten also nicht so pessimistisch sein, Europa hat viel erreicht.“

Zusammen gegen Jugendarbeitslosigkeit

Angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen scheint die Zusammenarbeit der Bürger wichtiger denn je. In diesem Zusammenhang spielen nichtstaatliche Organisationen, denen es darum geht, dass sich bei jungen Menschen zukunftsorientierte Einstellungen herausbilden, in der europäischen Gesellschaft eine entscheidende Rolle. Youthnet Hellas, eine Organisation, die junge Menschen in Griechenland darin bestärkt, die Arbeitssuche selbst frühzeitig zu planen und in die Hand zu nehmen, wurde beispielsweise 2013 mit dem Europäischen Bürgerpreis ausgezeichnet. Bei einer Jugendarbeitslosigkeit von fast 60 % gibt es in dem Land im Wesentlichen zwei Möglichkeiten: selbst aktiv werden oder tatenlos im Status quo verharren. Freiwilligentätigkeit ist in dieser Situation eine Möglichkeit, die Isolation zu durchbrechen und ein aktives Mitglied der Gemeinschaft zu werden. Sich freiwillig zu engagieren, bedeutet nicht zwangsläufig, unentgeltlich zu arbeiten. Es geht vielmehr

darum, eine positive Einstellung zur Gesellschaft zu entwickeln.

Manos Pavlakis von Youthnet Hellas wies darauf hin, dass junge Menschen ihre Lage mit einer oder mehreren von drei Möglichkeiten verbessern können: Bildung – Beschäftigung – freiwilliges Engagement. Zur Lösung des Problems hat Youthnet Hellas in den letzten fünf Jahren bei 172 Projekten mitgewirkt:

„Die jungen Menschen müssen sich darüber klar werden, dass sie viele Möglichkeiten der Beteiligung haben.“ erklärte Manos Pavlakis, und fügte hinzu: *„Die jungen Menschen in Europa teilen dieselben Bedürfnisse, Interessen und Sorgen.“*

Brettspiele zum Thema EU

Lernspiele zur Aneignung von Wissen über die Europäische Union und die Vielfalt ihrer Mitgliedstaaten spielten beim EYE eine wichtige Rolle. Mit dem von Jaap Hoeksma entwickelten Spiel „Eurocracy“ wird versucht, den Spielern den Vertrag von Lissabon zu erklären:

„Die EU ist eine aus 28 kleineren Demokratien bestehende Demokratie. Das ist eine neue, komplizierte Struktur, die mit einem Spiel am besten erklärt werden kann“, sagt Jaap Hoeksma.

Hans Christian John, Mitbegründer von „Move On Europe“, einer Online-Plattform für mehr



Teilnehmer verfolgen und bejubeln eine Show in der Flower Bar

Zukunft der Europäischen Union

Zusammenarbeit und Integration in Europa, war der Moderator der Gesprächsrunde „Mehr Demokratie bitte!“. Bei diesem Spiel musste jeder Teilnehmer einen Begriff oder Satz beisteuern, der für ihn oder sie für Europa steht. Es fielen Worte wie Familie, Freiheit, Chance und Multikulturalismus, und Hans Christian John notierte die Begriffe. Ihm fiel auf:

„Keiner weiß, was „Europa“ ist, es ist chaotisch – aber es ist schön!“

Von der ersten Runde, bei der es darum gegangen war, wofür die EU steht, gingen die Teilnehmer zu einer Diskussion über die demokratischen Fundamente der Union, die Gesetzgebungsverfahren und die demokratische Legitimierung der europäischen Institutionen über. Die Teilnehmer sprachen an, dass es eine Konvention der Bürgerrechte geben müsse und dass europäische Fragen in jedem Mitgliedstaat auf nationaler Ebene erörtert werden müssten. Sie diskutierten auch, ob der Umstand, dass die Kommission nicht direkt gewählt wird, nicht zu einem Demokratiedefizit führe, und es wurde vorgeschlagen, dass die Mitglieder des Parlaments öffentlich machen sollten, wen sie bei der Wahl zum Parlamentspräsidenten mit ihrer Stimme unterstützen würden. Als der Workshop sich dem Ende näherte, verkündete Hans Christian John, dass er die Ideen weitergeben werde:

„Eure Ideen müssen an die künftigen Mitglieder des Parlaments weitergeleitet werden, damit sie sie kennen. Was sie dann mit ihnen machen, weiß ich nicht.“

Das Publikum mischt sich ein



Ideenbox Zukunft der EU

Einige Beispiele der Ideen, die von jungen Teilnehmern während des EYE hervorgebracht und diskutiert wurden

Ein EU-Wahlsystem:

Die Wahlsysteme der EU-Länder müssen identisch sein. Es muss die Möglichkeit zur Online-Wahl bestehen, und für die Parlamentswahlen muss es transnationale Listen geben (vor allem für die Spitzenkandidaten).

Bildung:

Ein primäres Ziel der Sekundarschulbildung muss in der Vermittlung von politischer Bildung und staatsbürgerlichen Werten bestehen. Pflichtinhalte sollten dabei Werte, Geschichte, Aufbau sowie Aufgaben und Pflichten der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten sein; diese Inhalte sollten möglichst online und interaktiv angeboten werden, damit sie Studenten aus ganz Europa zusammenführen.

Mobilität in Europa:

Für die junge Generation muss es einen Europäischen Beförderungsausweis für Studenten (Interrail-Karte) geben, der für nationale und internationale Mobilitätsprogramme gilt.

Ein soziales Europa:

Europa hat weltweit Vorbildwirkung, was die Verteidigung und den Schutz der Menschenrechte betrifft, und es spielt eine tief greifende, aktive Rolle bei der Förderung einer fortschrittlichen Sozialpolitik. Intern trägt die EU (auch über elektronische Anwendungen) zur Sicherung von Lebensqualität für jeden europäischen Bürger bei, indem sie für ein bedingungsloses Grundeinkommen und einheitliche oder zumindest vergleichbare Mindestlöhne eintritt.

Europäische Identität:

Durch Stärkung der repräsentativen, partizipativen und direkten Demokratie muss für eine demokratische Union gesorgt werden. Zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses und einer gemeinsamen europäischen Identität sollten die europäischen Jugendaustauschprogramme ausgeweitet oder ein europäisches Reisejahr eingeführt werden, in dessen Rahmen jeder, der eine Ausbildung abgeschlossen hat (Fachschul- oder Hochschulabschluss), ein Stipendium erhält, damit er 12 Monate lang durch Europa reisen kann – unter der Voraussetzung, dass er oder sie bereit ist, während der Reise für mindestens 7 Monate Freiwilligenarbeit zu leisten. Die Möglichkeiten für eine Freiwilligentätigkeit sollten in einer Datenbank erfasst sein.

Sich Gehör verschaffen:

Die Politik braucht mehr junge Menschen, die die Interessen und Anliegen der jungen Generation vertreten und thematisieren. Damit mehr junge Mitglieder im Europäischen Parlament vertreten sind, sollte eine Quote für unter Dreißigjährige eingeführt werden. Veranstaltungen wie das EYE 2014 sollten regelmäßig stattfinden, damit sich die junge Generation Gehör verschaffen kann. Das Wahlrecht sollte europaweit auf 16- und 17jährige ausgedehnt werden.

Mit einer Stimme sprechen:

Die Europäische Union sollte in Fragen der Einwanderungs-, Wirtschafts- und Außenpolitik sowie bei internationalen Angelegenheiten mit einer Stimme sprechen. Der Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten sollte gegenüber einer stärkeren Solidarität in den Hintergrund treten.

„Vereinigte Staaten von Europa“:

Europa muss endlich die nationalen Grenzen überwinden und zu einem eigenständigen Staat werden. Die europäische Zentralregierung und der Europäische Präsident sollten von den Menschen in direkter Wahl bestimmt werden. Es gilt, die Voraussetzungen für die Entstehung einer europäischen Nationalität (Pass, gemeinsame Werte, Wissen über die anderen Länder, Mobilität usw.) zu schaffen, und es sollte ein europäischer Nationalfeiertag eingeführt werden, der europaweit begangen wird.

Transparenz:

Für Lobbyismus müssen strengere Vorschriften gelten, damit er an Einfluss verliert und der politische Entscheidungsprozess transparenter wird.

Investitionen:

Es sollten mehr Mittel in die Verbreitung von Informationen über die Errungenschaften und Ziele sowie Aufgaben der Europäischen Union fließen.

Eine stärkere und demokratischere Union

– Ein Kommentar des Europäischen Jugendforums

Auf dem Europäischen Jugend-Event wurde mehr als deutlich, dass die Europäische Union jungen Menschen wichtig ist. Die jungen Menschen wollen aber nicht einfach nur irgendeine Europäische Union, sie wollen, dass diese Union eine Vision verfolgt und ihre Erwartungen erfüllt.

Die EU ist das kritische Bindeglied in der derzeitigen Finanz- und Währungskrise. Junge Menschen bekommen die Folgen der Krise und der Sparmaßnahmen bereits zu spüren, denn sie sind zunehmend von Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Außerdem ist die Dynamik des derzeitigen Generationengefüges so, dass Probleme von einer Generation einfach an die nächste weitergereicht werden – wie die gegenwärtige Krise und die ungelösten ökologischen Probleme zeigen. Deshalb muss die junge Generation in den Mittelpunkt der EU-Agenda gerückt und über den Platz der jungen Menschen in der Gesellschaft nachgedacht werden; andernfalls werden wir die Herausforderungen nicht lösen, die sich der EU heute stellen und denen sie auch in den kommenden Jahren gegenüberstehen wird.

Die Zukunft Europas beim EYE

Die Zukunft Europas wurde von den jungen EYE-Teilnehmern bei vielen Veranstaltungen diskutiert. Es wurde darauf hingewiesen, dass der Zugang zu den EU-Institutionen verbessert und für mehr Transparenz gesorgt werden muss, dass die EU-Organe den (jungen) Bürgern näher gebracht werden müssen und dass die Einflussmöglichkeiten des Europäischen Parlaments gestärkt werden müssen. Es wurde hervorgehoben, dass Medien, soziale Medien und die Bildung der Bürger wichtig sind, wenn es darum geht, die Rolle der EU zu erläutern, und dass die Einflussmöglichkeiten junger Menschen bei europäischen Entscheidungsprozessen

vorausschauend gestärkt werden müssen. Einen der ersten Plätze auf der Liste der von den jungen Teilnehmern geäußerten Anliegen belegte auch die Forderung nach hochwertiger Beschäftigung, und es wurde darauf hingewiesen, dass die derzeitigen Sparmaßnahmen der Sozialpolitik schaden – in einer Zeit, in der einer von vier jungen Menschen in Armut lebt.

Das Europäische Jugendforum und die Zukunft Europas

Das Europäische Jugendforum ist stolz darauf, wie die jungen Menschen bei den Debatten aufgetreten sind: Engagiert, visionär, dabei realistisch haben sie konkrete Vorschläge für die EU vorgetragen. Es stimmt uns hoffnungsvoll, dass viele der Vorschläge, die wir im Rahmen der Kampagne LoveYouthFuture für die nächste Wahlperiode des Europäischen Parlaments und die nächste Amtszeit der Kommission formuliert hatten, in Straßburg starken Widerhall gefunden haben.

Wir sind davon überzeugt, dass die Lage junger Menschen in Europa überhaupt nur verbessert werden kann, wenn die EU in den folgenden fünf Bereichen umgehend tätig wird:

• Eine demokratischere Union

Die Europäische Union muss demokratischer werden. Voraussetzungen dafür sind die Ausweitung der Europäischen Bürgerinitiative, die Aufstellung transnationaler Wahlverzeichnisse für die Wahlen zum Europäischen Parlament und die direkte Wahl des Kommissionspräsidenten. Damit junge Menschen sich Gehör verschaffen können, müssen die europäischen und die nationalen Parteien mehr junge Menschen als Kandidaten für wählbare Positionen in ihre Reihen aufnehmen, und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen die Altersgrenze für die Teilnahme an der Europawahl sowie an allen nationalen Wahlen auf 16 Jahre herabsetzen.

• Nachhaltiges, neues Wachstum

Der Ausweg aus der Krise sowie, weiter gefasst, die Zukunft der EU sind auch davon abhängig, dass auf der Grundlage eines sozial und ökologisch nachhaltigeren Entwicklungsmodells neues Wachstum entsteht. Was Autonomie für die Jugend betrifft, spielen Unternehmertum und umweltfreundliche Wirtschaft eine entscheidende Rolle, sowohl mit Blick auf junge Unternehmensgründer als auch, weil dort Arbeitsplätze für junge Menschen entstehen können. Die EU muss die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen und die Ausrichtung der Wirtschaft auf Nachhaltigkeit unterstützen. Sie sollte die Mitgliedstaaten für nachhaltigere Wirtschaftsmodelle gewinnen. Gleichzeitig sollte die dafür Sorge tragen, dass die neuen, hochwertigen Arbeitsplätze wirklich den Mindestnormen entsprechen. Vor allem gilt es, ein Mindestlohnsystem einzuführen und einen europäischen Status für Praktikanten festzulegen.

• Eine stärkere Union

Um die Erwartungen der jungen Menschen zu erfüllen, muss die Europäische Union einen Schritt nach vorn gehen. Viele Probleme, gerade in der Wirtschafts-, Finanz-, Umwelt-, Sozial- und Beschäftigungspolitik, können von den Mitgliedstaaten inzwischen nicht mehr im Alleingang bewältigt werden. Die EU sollte die ihr bereits zustehenden Befugnisse in vollem Umfang nutzen und dafür sorgen, dass ein neues, gerechteres Gleichgewicht zwischen Sparmaßnahmen und Sozialpolitik entsteht. Ebenso sollte die EU sich konsequent für die Umsetzung der nach Artikel 165 AEUV geltenden Bestimmung einsetzen, d. h. die „verstärkte Beteiligung der Jugendlichen am demokratischen Leben in Europa“ fördern



und den Platz der Jugend in der europäischen Demokratie verteidigen.

• Neue Mittel für neue Investitionen

Um in den entscheidenden Bereichen handlungsfähig zu sein, benötigt die Europäische Union die entsprechenden Mittel, das heißt neue Mittel für neue Investitionen. Die EU sollte die Möglichkeit haben, aus direkten Steuern für Umweltfolgen und einer europäischen Finanztransaktionssteuer Eigenmittel zu erheben.

• Ein soziales Europa

Die Europäische Union hat die Verteidigung der Menschenrechte zur Norm erhoben und gründet sich auf den Werten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Dadurch hatten Generationen von Menschen die Chance, alte Gegensätze zu überwinden und in Frieden zusammenzuleben. Gleichzeitig hat die EU ein europäisches Sozialmodell entwickelt, das von der Förderung einer hohen Beschäftigungsrate über einen garantierten, angemessenen Sozialschutz und die Bekämpfung sozialer Ausgrenzung bis zu einem hohen Bildungs-, Ausbildungs- und Gesundheitsschutzniveau reicht und ihren Bürgern ein würdevolles Leben ermöglicht. Jetzt geht es vor allem darum, dass auch künftige Generationen in den Genuss des Besitzstandes kommen, das heißt, die Europäische Union muss diese Werte verteidigen und verhindern, dass Sozialreformen auf Kosten der jungen Generation gehen.



Teilnehmer und eine EYE-Freiwillige nehmen an einer Podiumsdiskussion teil



Nachhaltigkeit Nachhaltiges Wirtschaften und Leben

Nachhaltigkeit ist ein weites Feld, das sich auf viele Bereiche erstreckt – von der Frage sicherer Energiequellen bis zu Maßnahmen gegen die Überfischung von Gewässern, aber auch auf Fragen der öffentlichen Ausgaben, der Finanzmarktkontrolle und des Welthandels. Die EYE-Teilnehmer setzten sich angeregt mit dem Thema auseinander, beteiligten sich an Diskussionen und Ideenlaboren und konnten beim Austausch über bewährte Verfahren auf Augenhöhe Anregungen sammeln. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Frage, wie das Konzept der Nachhaltigkeit in den wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Kontext integriert werden kann, um ein besseres Europa zu schaffen.

Europa – umweltfreundlich und nachhaltig?

In einer der Veranstaltungen konnten einige der 60 Teilnehmer aus verschiedenen Ländern darlegen, wie sie sich ein nachhaltigeres, umweltfreundlicheres Europa vorstellen. Der 18jährige Philippe aus der Schweiz erklärte, es gehe darum, endlich nicht nur zu reden, sondern eine klare Botschaft auszusenden, und Imogen aus dem Vereinigten Königreich fügte hinzu, sie hätte als junge Bürgerin der Europäischen Union gern Einfluss auf die EU-Politik im Bereich Nachhaltigkeit.

Am Ende der Veranstaltung formulierten die Teilnehmer fünf Visionen für Nachhaltigkeit in Europa: eine abfallfreie Gesellschaft, in der nur noch recyclingfähige Erzeugnisse hergestellt werden, neue Arten der Energiegewinnung, Lebensmittel aus lokaler Erzeugung und Aufbau eines nachhaltigen europäischen Verkehrsnetzes. Besonders oft wurde darauf hingewiesen, dass Aufklärung und Wissensvermittlung über Fragen sowohl der Umwelt und Nachhaltigkeit als auch der Versorgung mit sauberem Wasser verbessert werden müssen, und dass die betreffenden Probleme kaum auf der nationalen Ebene, sondern nur mit gemeinsamen Maßnahmen auf europäischer Ebene gelöst werden können.

Theatervorstellungen und Rollenspiel zum Thema Nachhaltigkeit

Das politische Theaterstück „Wir kriegen die Krise“ von Wolfgang Wiegard, ehemaliger Vorsitzender des deutschen Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, war ein wertvoller Beitrag zum EYE. Das 3-Personen-Stück widmet sich gewitzt und humorvoll so komplexen Sachverhalten wie der Umwandlung wertloser Immobilienkredite, den Folgen des Schneeballsystems und der Euro-Rettung.

Die 110 Teilnehmer konnten Live-Musik hören, Videos sehen oder sich spontan zum Mitsingen entscheiden.

Bei einem der Rollenspiele ging es um Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit in der Europäischen Union, und die EYE-Teilnehmer waren aufgefordert, in die Rolle eines Mitglieds des Europäischen Parlaments zu schlüpfen. Als Mitglieder einer der sieben Fraktionen diskutierten die Teilnehmer den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030. Grundlage waren dabei die geltenden Rechtsvorschriften. Eine Teilnehmerin aus Belgien, Hanan Kostet, war der Meinung, die EU sollte lieber Initiativen, die umweltfreundliche Lösungen fördern und bevorzugen, mehr Vorteile einräumen, als die zu



bestrafen, die die Grundsätze der Nachhaltigkeit missachten:

„Die EU kann die Weichen stellen, auch durch einen Wandel im Bewusstsein der Verbraucher, wenn sie die Erforschung und Entwicklung umweltfreundlicherer Lösungen vorantreibt und langfristig denkt. Was wir brauchen, ist eine große Wende, sonst wird keine Verbesserung eintreten.“

Die Teilnehmer von „MdEP für einen Tag“ stellten für 2030 drei ehrgeizige Ziele auf: eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 55 %, einen Anteil von 45 % Energie aus erneuerbaren Quellen und eine Energieeinsparung von insgesamt 40 %. Zur Finanzierung dieser Zielsetzungen verpflichteten sie die Mitgliedstaaten zur Übernahme zusätzlicher Ausgaben und schlugen vor, das Emissionshandelssystem der EU durch Einführung einer Preisober- und -untergrenze für CO₂-Emissionen zu reformieren. Die heiße Debatte um die Frage der Biokraftstoffe mündete in eine Abstimmung für die Beibehaltung von Anreizen, beispielsweise im Zusammenhang mit der Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern. Die Befugnisse für die Erteilung von Genehmigungen für den Abbau von Schiefergas wurden den Gemeinschaften übertragen.

Fairer Handel

Die Debatte über die Haltung der EU zum fairen Handel, die vom Fair Trade Advocacy Office

organisiert wurde, fand passenderweise am 10. Mai, dem Internationalen Tag des Fairen Handels, statt. In seiner Eröffnungsrede sprach Alexander Flores, Mitglied des „Fair Trade“-Erzeugerverbands „Aprainores“ aus El Salvador, darüber, wie wichtig der faire Handel für Gemeinschaften in Entwicklungsländern ist, denn gerechte Bezahlung ist die Voraussetzung dafür, dass sowohl gesellschaftlich als auch auf der Ebene des Einzelnen eine Entwicklung stattfinden kann.

„Ihr helft auch den Kindern der Familien, denn sie können dadurch zur Schule gehen“, sagte der Redner.

Mit Blick auf Freihandelsabkommen hob Alexander Flores hervor, dass darin auch die Achtung der grundlegenden Menschenrechte, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und das Verbot von Kinderarbeit in den Entwicklungsländern verankert werden muss. Im Zentrum der internationalen Hilfe sollte nicht die finanzielle Hilfe, sondern der Transfer von Wissen und technischer Innovation stehen.

Klimawandel

Ein wichtiges Thema der Diskussionen während der zwei Tage vom EYE waren auch der Klimawandel und die Frage, was die europäischen Bürger selbst unternehmen können, um Umweltschäden zu vermeiden. Die Organisation Young Friends of the Earth Europe veranstaltete interaktive Workshops, bei denen die Teilnehmer in Gruppen, die die verschiedenen Kontinente vertraten, die Verantwortung Europas im Zusammenhang mit dem Klimawandel diskutieren konnten.

„Selbst wenn das Problem uns heute noch nicht betrifft, wird es in Zukunft doch Viele treffen.“ sagte Cahner Max aus Spanien.

Joost de Moor aus den Niederlanden erklärte:

„Die Regierungen müssen die Bürger dazu bringen, ihre Verhaltensmuster zu ändern und mehr Verantwortung zu übernehmen.“

Anreize und Prämien für Fischer

In einer Podiumsdiskussion über die Zukunft einer nachhaltigen Fischerei kamen die Erfolge zur Sprache, die die EU aufgrund der jüngsten Änderungen einschlägiger Rechtsvorschriften in diesem Bereich zu verzeichnen hat, aber es ging auch um die Herausforderungen, die sich bei der Umsetzung und der Durchsetzung einer gemeinsamen EU-Politik stellen, obwohl einige Länder stärker von den Problemen betroffen sind als andere. Die Teilnehmer kritisierten den ausgeprägten Lobbyismus, der unlängst dazu geführt hatte, dass die Abschaffung der umweltschädlichen Grundschleppnetzfisherei im Parlament an einer geringen Mehrheit scheiterte; grundsätzlich wurde die Ansicht vertreten, dass dieses Thema wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte. Außerdem forderten viele Teilnehmer, vor allem Südeuropäer, die Fischer in ihren Heimatländern sollten verstärkt durch Anreize und Prämien unterstützt werden, damit sie ihren Lebensunterhalt beispielsweise durch Fischereitourismus bestreiten können. Sie hatten den Eindruck, die Quoten und das Übermaß an EU-Vorschriften schadeten den Fischereigemeinden. Sowohl Redner als auch Teilnehmer befürworteten im Interesse geringerer Rückwurfmengen mehr Flexibilität bei den Quoten und Maßnahmen zur Diversifizierung des Konsumverhaltens, also



eine Erweiterung des Speisefischsortiments auf weitere Arten.

Engagement für die Umwelt

Die zentralen Themen einer anderen Podiumsdiskussion, „We’ve got the power...“, waren die Absicherung der Energieversorgung, der Übergang zu erneuerbaren Energieträgern, die Steigerung der Energieeffizienz und die Eindämmung des Klimawandels. Besonders wichtig war den Teilnehmern und Gästen unter anderem die Frage, wie es gelingen soll, die Energieversorgung abzusichern, ohne gegen die einschlägigen wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Aspekte der Nachhaltigkeit zu verstoßen. Angesichts der derzeitigen diplomatischen Krise zwischen der EU und Russland wurde die Frage gestellt, wie die Abhängigkeit Europas von russischen Erdöl- und Erdgasimporten verringert werden könnte. Ein Vorschlag lautete, sich auf Kanada zu orientieren, das riesige Erdöl- und Erdgasvorkommen hat. Aber Kanada verfügt auch über Ölsandvorkommen, deren schwierige Erschließung stark auf Kosten von Mensch und Umwelt geht. Ist eine Zusammenarbeit mit Kanada also vertretbar, wenn die EU gleichzeitig nach der internationalen Führungsposition in puncto Nachhaltigkeit strebt? Nein, meinte Kait Bolongaro aus Paris in Frankreich:

„Wer wird sich für die Umwelt einsetzen, wenn nicht die Europäische Union? Die jüngste Abschwächung des Vorschlags für die Kraftstoffqualitätsrichtlinie muss abgelehnt werden, denn sie ermöglicht die Einfuhr von Ölsand in die EU.“



Ein weiterer Einblick in die Zirkusshow in der Flower Bar



Auf eine breitere Zustimmung stießen die Förderung von erneuerbaren Energieträgern und die Steigerung der Energieeffizienz; selbst die Podiumsgäste forderten bei diesem Thema eine stärkere Einbeziehung der Jugend.

Nachhaltige Veranstaltungen

Eine so große Veranstaltung wie das EYE so nachhaltig wie möglich zu organisieren, ist mit hohem Logistik- und Planungsaufwand verbunden. Ewa Iwaszuk, eine freiwillige Helferin von der Organisation International Young Nature Friends, steuerte einige Ideen dazu bei, wie das EYE umweltfreundlicher organisiert werden könnte:

„Die große Frage lautet, wie 5 500 Menschen zu einem Treffen anreisen können, das insgesamt nur zwei Tage dauert. Natürlich denkt jeder zuerst daran, das Flugzeug zu nehmen, aber die Veranstalter dürfen die CO2-Bilanz nicht außer Acht lassen und sollten die Teilnehmer zum Zufahren ermutigen. Ich habe nur von einigen Wenigen gehört, dass sie sich ein Eurorail-Ticket gekauft haben.“

Trotz des reichen Lebensmittelangebots auf der Veranstaltung hätte Ewa Iwaszyk sich mehr vegetarische und vegane Gerichte gewünscht:

„Ich glaube, die meisten der bei der Veranstaltung verkauften Lebensmittel stammen aus lokaler Erzeugung, und das ist gut, aber es hätte mehr Angebote für Vegetarier und Veganer geben sollen.“

„Auf der internationalen politischen Bühne versucht die Europäische Union, als Vorbild in der Klimapolitik aufzutreten. Es wäre toll, wenn auch Veranstaltungen wie diese von diesem Bewusstsein getragen würden. Die Organisation einer so riesigen Veranstaltung für junge Menschen könnte andere inspirieren: Vielleicht könnte man die Veranstaltung sogar so organisieren, dass die CO2-Bilanz gleich Null ist.“

Ideenbox Nachhaltigkeit

Einige Beispiele der Ideen, die von jungen Teilnehmern während des EYE hervorgebracht und diskutiert wurden

Abfall- und Emissionsaufkommen senken:

Ziel bis 2030 ist eine abfallfreie Gesellschaft, in der 100 % recyclingfähige, langlebige Erzeugnisse und die Entwicklung neuer Recyclingverfahren die Norm sind. Die Emissionen sollten durch weniger Verpackungsmaterial und kürzere Transportwege gesenkt werden. Unnötige Umweltverschmutzung muss wirksam verhindert werden, beispielsweise durch entsprechende Bildungs- und Informationsangebote. Die Ausgabe von Plastiktüten in Geschäften muss verboten werden.

Bildung:

Mehr Wissen und Bildung in den Bereichen Umwelt und Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit muss an der Grundschule als Schulfach unterrichtet werden. Die öffentlichen Medien müssen ausführlicher über Nachhaltigkeit und die Öko-Wende der EU berichten.

Nachhaltige Lebensmittel:

Das Konzept saisonaler, GMO-freier Bio-Nahrungsmittel aus der Region muss im Fokus stehen, es sollte ein Punktesystem für „Food Miles“ geben (mit dem auch die im Lebensmittelpreis nicht enthaltenen verdeckten Ausgaben, z. B. für Tierschutz, erfasst werden), für die Lebensmittelbranche muss es eine einheitliche Abfallstrategie geben, Menschen müssen über die Lebensmittelherstellung und Lebensmittelabfälle aufgeklärt werden, und es muss in Europa Anreize für eine vielseitige Ernährung geben.

Wirtschaftsmaßnahmen:

Alle Ausnahmeregelungen für energieintensive Branchen für energieintensive Branchen müssen aufgehoben werden. Die am meisten für den Klimawandel verantwortlich sind, müssen auch zur Kasse gebeten werden.

Verkehr:

Es sollte ein europäisches Hochgeschwindigkeitsnetz für den Bahnverkehr geben. Das Verkehrsmittel Bahn muss mittels Subventionen erschwinglich und preisgünstiger als das Flugzeug werden. Das Schienennetz darf nicht auf Mitteleuropa beschränkt sein, auch Regionen in Randlage müssen angeschlossen sein, damit alle Regionen über nachhaltige Verkehrs- und Transportwege erreichbar sind.

Anreizsysteme:

Statt die zu bestrafen, die die Grundsätze der Nachhaltigkeit missachten, sollten Initiativen, die umweltfreundliche Lösungen fördern und bevorzugen, Vorteile genießen. Nachhaltigkeit im Konsumverhalten sollte finanziell belohnt werden, z. B., indem Bürger, die sich von Biolebensmitteln ernähren, Steuerbegünstigungen erhalten.

Ökologische und soziale Bilanz:

Es muss transparent sein, welche Unternehmen sich für Nachhaltigkeit und die Achtung der Menschenrechte einsetzen. Mit einem entsprechenden Transparenzsystem sollte die ökologische und soziale Bilanz von Unternehmen messbar gemacht werden.

Erneuerbare Energieträger:

Es gilt, Energie aus erneuerbaren Quellen zu erschwinglichen Preisen zu fördern und Kernkraft flächendeckend zu verbieten. Wenn die EU weiter als glaubwürdige Verfechterin der Senkung der CO₂-Emissionen gelten will, muss ein Plan für eine kohlenstofffreie, umweltfreundliche Energieversorgung bis 2040 aufgestellt werden. Ausgehend von verbindlichen, international vereinbarten Zielvorgaben muss in nachhaltige Entwicklung, wie die Erforschung neuer Methoden zur umweltfreundlichen Energiegewinnung, investiert werden.

Sozial verantwortliches Europa:

Europa muss die Staaten unterstützen, die vom Anstieg des Meeresspiegels am meisten bedroht sind, da es im Zusammenhang mit der Erderwärmung eine historische Verantwortung trägt.

Gemeingüter:

Freier Zugang zu sauberem Trinkwasser für Alle. Wasser ist eine natürliche Ressource und ein Menschenrecht, das nicht dem Privatmarkt überlassen werden darf.

Die Jugend als Schlüssel zu einer nachhaltigeren Zukunft

– Ein Kommentar des Europäischen Jugendforums

Die erschreckende Tatsache, dass in der EU 29,7 % der jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind, setzt die globale Entwicklungsagenda in einen ganz neuen Zusammenhang. Wenn es den Regierungen nicht gelingt, die Millenniums-Entwicklungsziele zu verwirklichen oder sich auf echte und verbindliche Festlegungen zum Klimawandel zu einigen, dann betrifft das nicht nur die Länder der südlichen Hemisphäre, sondern dann erwachsen hieraus konkrete Herausforderungen für die derzeitigen und für die nachfolgenden Generationen in Europa. Mit der Anerkennung des Zusammenhangs zwischen Nachhaltigkeit und der weitweiten Entwicklungsagenda hat die Rio+20-Konferenz einen großen Schritt nach vorn gemacht und die gegenseitige Abhängigkeit zwischen Menschen und ihrer Umwelt bekräftigt. Mit den neuen, noch festzulegenden „Zielen für eine nachhaltige Entwicklung“ – mit denen unter anderem Armut, Bildung, Gesundheitsfürsorge, Beschäftigung und ökologische Herausforderungen angegangen werden – wird das Leben junger Menschen in Europa und der Welt beeinflusst werden.

Die derzeit geführte Debatte über die neue globale Agenda ist folglich von größter Bedeutung für junge Menschen. Ein Ziel des Europäischen Jugendforums besteht darin, dafür zu sorgen, dass junge Menschen und Jugendorganisationen sowohl bei der Ausarbeitung als auch bei der Umsetzung einer globalen Agenda für die Verbesserung der Lage junger Menschen in Europa und weltweit als unverzichtbare Akteure angesehen und ihre Rechte eindeutig berücksichtigt werden.

Nachhaltigkeit beim Europäischen Jugend-Event

Das EYE bot jungen Menschen ein Forum für Diskussionen und für einen Meinungsaustausch über nachhaltige Entwicklung. In den Debatten wurden komplexe Themen wie Energiegewinnung und -verbrauch sowie Steuerhinterziehung und die Instabilität der Finanzmärkte aufgegriffen und alternative Strategien wie beispielsweise genossenschaftliche Organisationsformen behandelt. Die jungen Menschen vertraten die Auffassung, Nachhaltigkeit sei eines der wichtigsten Themen für junge Leute weltweit und forderten die Entscheidungsträger auf, unverzüglich vorausschauende Maßnahmen zur Bekämpfung klimatischer und humanitärer Katastrophen zu ergreifen.

Das Europäische Jugendforum und die neue globale Agenda

Das Europäische Jugendforum hält die folgenden Punkte für unverzichtbare Bestandteile einer effektiven und nachhaltigen Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015:

• Ein ambitioniertes erneuertes globales Engagement für nachhaltige Entwicklung

Die Europäische Union muss eine führende Rolle bei der Erzielung eines weitreichenden globalen Übereinkommens übernehmen, mit dem die Rechenschaftspflicht der Regierungen bekräftigt wird und das wirksame Durchsetzungsmechanismen umfasst. Um die komplexen und miteinander verknüpften wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen, denen die Welt heutzutage gegenübersteht, zu bewältigen und um Armut durch nachhaltige Entwicklung wirksam zu bekämpfen, ist eine

umfassende Neuorientierung erforderlich. Die Entscheidungsträger auf der ganzen Welt müssen ihre Herangehensweise an die globalen Herausforderungen von Grund auf ändern, damit eine Agenda des Wandels für junge Menschen ausgearbeitet werden kann, die dazu beiträgt, Europa und die Welt nach ihren Wünschen zu gestalten. Die neue Agenda muss eindeutige und messbare Ziele umfassen, mit denen der Fortschritt bei der Beseitigung der Armut und der Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung bis 2030 bewertet werden kann. Eine solche Agenda muss auf Rechte gestützt sein, allen offenstehen sowie allgemein anerkannt und angewandt werden.

- **Umfassende Investitionen in junge Menschen als ausschlaggebende Akteure für eine nachhaltige Entwicklung**

Junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren stellen ca. 18 % der Weltbevölkerung. Damit diese jungen Menschen bei der Agenda für die Zeit nach 2015 eine wichtige Rolle übernehmen können, muss engagiert in sie investiert werden. Hierbei sind Investitionen in hochwertige Bildung von höchster Bedeutung. Bis zum Jahr 2030 muss ein allgemeiner und kostenfreier Zugang zu hochwertiger formaler und nicht-formaler Bildung auf allen Ebenen sichergestellt sein. Hochwertige Bildung ist auf den Lernenden ausgerichtet und inklusiv; sie stellt herrschende Normen in Frage und macht junge Menschen zu aktiven Weltbürgern. Auch Investitionen in hochwertige Arbeitsplätze sind eine Grundvoraussetzung für nachhaltige Entwicklung. Bis zum Jahr 2030 müssen allen jungen Menschen menschenwürdige Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, wozu auch eine angemessene und gerechte Entlohnung,

sichere Arbeitsbedingungen, eine Vertretung und sozialer Schutz gehören.

- **Die Teilhabe von jungen Menschen und Jugendorganisationen**

Die umfassende Teilhabe junger Menschen ist von grundlegender Bedeutung für die Förderung eines verantwortungsvollen, proaktiven und demokratischen Bürgersinns. Junge Menschen müssen gefördert und in die soziale, politische und wirtschaftliche Beschlussfassung einbezogen werden, wozu auch ihre umfassende Beteiligung an der Ausarbeitung und Umsetzung entwicklungsbezogener Strategien und Maßnahmen gehört. Jugendorganisationen sind ein wichtiger Partner bei der Gestaltung nachhaltiger Prozesse für die Beteiligung junger Menschen. Sie müssen für Ihre Funktion bei der Förderung junger Menschen im Rahmen nicht-formaler Bildung Anerkennung



Die Zelte des YOIVillage vor dem Parlament

erfahren und sollten als beständiger Partner bei der Beschlussfassung wahrgenommen werden.

- Neue Ansätze bei Investitionen und Welthandelsmodellen

Echte Fortschritte in nachhaltiger Entwicklung können nur dann erzielt werden, wenn eine radikale Neuausrichtung bei der Steuerung der weltweiten Investitionen und des globalen Handels vorgenommen wird. Jedem angenommenen Modell müssen Rechenschaftspflicht und Verantwortung zugrunde liegen, und die Weltgemeinschaft muss sich vom Grundsatz der internationalen Solidarität leiten lassen. Es müssen gemeinsame Bemühungen unternommen werden, an denen auch wichtige Akteure wie die IAO und die WTO beteiligt sein müssen, damit verzerrende und unfaire Subventionen ermittelt werden und fairer Handel gefördert wird. Gleichzeitig muss der Finanzsektor vorrangig besser reguliert und überwacht werden, und es müssen gerechte Besteuerungssysteme eingeführt werden.

• Eine Änderung des Konsumverhaltens und der Produktionsstrukturen

Nicht nachhaltigem Konsumverhalten und nicht nachhaltigen Produktionsstrukturen muss unbedingt entgegengetreten werden. Die EU steht aufgrund ihrer Verantwortung für einen unangemessen hohen Anteil am weltweiten Konsum besonders in der Pflicht, Maßnahmen zu ergreifen. Die Verbraucher müssen umfassend informiert und angeleitet werden. Die Bürger müssen verstärkt für ihre Verantwortung und für die Folgen eines übermäßigen Energie- und Ressourcenverbrauchs sensibilisiert werden. Gleichzeitig müssen vorrangig Alternativen gefördert werden, die eine erhöhte Effizienz und eine ausgewogenere Verteilung des Konsums



Der Magic Mirror bot Platz für lebhaftes Debatten im YO!Village

mit sich bringen. Hierbei sind Jugendorganisationen von ausschlaggebender Bedeutung, da sie nicht-formale Bildung als bewährtes und wirksames Instrument für sozialen Wandel nutzen.

#EYE2014 Tweets

KURIER@KURIERat
Party trifft auf Politik:
Europäisches Jugendevent
2014

Nora Langmoen@noralangmoen
Eine wirtschaftliche EU reicht
nicht aus. Wir brauchen auch
eine europäische Identität.
Dass das möglich wäre, hat @
EP_YouthEvent gezeigt.

Sinje Matzner@sinjematzner
EP Hémicycle : Endlich
auf dem Stuhl von Martin
Schulz
#EYEstream #EYE2014

Sven Ringsdorf@svenringsdorf
Die Junge Union und ihre europ.
Partner sind hier gut vertreten!
Die Lösung heißt: voneinander
lernen!
#EYEstream

Manuel Tarrida@manueltarrida
«Meine Kompetenz ist es
jung zu sein»
#EYE2014 #EYEstream

Caecilia Smekal@csmekal
Gerade präsentation eines
eu-wahlblogs von österr.
Schülern gesehen.
#eye2014 beeindruckend

Klaus-Uwe Mitterer@kumitterer
#EYE2014 ist übrigens nicht
nur in Straßburg, sondern überall,
wo's Internet gibt.

Sven Maier@sven_maier
Immer noch überwältigt
von den letzten 3 Tagen
des #EYE2014 und auch
insbesondere dem emo-
tionalen Abschlußevent!

AkilnathanLogeswaran@indogermanican
Stipendiaten treffen @Skakeller
beim @EP_YouthEvent im @Euro-
parl_FR! So volksnah, so aktiv!
#EYE2014

ofaj@dfjw@ofaj_dfjw
@marcludwig Engagement ist der
erste Schritt politisch zu werden!
#OFAJ_DFJW #EYE2014

Tim Rieger@timrieger_#
PeterSimon will aus
der Krise mit einer star-
ken Jugend rausge-
hen. Keine Generation
darf verloren gehen.
#spd #EYEstream

Dominik Berghofer@dberghofer
Bin jetzt Grüner Abgeord-
neter :P Sitze im #IDEASlab
vom #EYE2014 - Arbeiten an
Visionen für nächste Periode.
#EP2014

Anna Höß@anna_hoess
#EYE2014 Ein tolles
Wochenende geht
zu Ende! Jetzt haben
unsere EU-Politiker
wieder gute Ideen zum
Handeln bekommen!

Gregor Voht@gregor_voht
Jetzt im Plenarsaal des Euro-
parlaments. Ideen für Europa
werden gesammelt.
#EYE2014 #EYEstream

Robert Grünberger@r_gruenberger
Danke für diese unglau-
bliche Veranstaltung! :)
#EYE2014



Europäische Werte

Global Player - fair Player?

Die Vielfalt der Redner beim EYE ließ zwar einiges zu wünschen übrig, bei den im Programm vorgesehenen Aktivitäten war dies jedoch nicht der Fall; von Podiumsdiskussionen über Europa als gutem Nachbar und weltweit bedeutendem Akteur – mit besonderem Schwerpunkt auf der Ukraine – bis hin zu Ideenlabors über europäische Werte im 21. Jahrhundert wurden zahlreiche wichtige Themen erörtert.

Gleichstellung der Geschlechter und Solidarität zwischen den Generationen

Die Geschlechterfrage als soziologisches Problem war Gegenstand einer von Doris Pack (MdEP) geleiteten Diskussionsveranstaltung, bei der genauer beleuchtet wurde, wie die jüngere Generation in der Zukunft die Kluft zwischen den Geschlechtern überbrücken kann. Die Veranstaltung trug den Titel „Eine gleichberechtigte Beteiligung in unserer Generation“; es war jedoch keine Überraschung, dass im Podium nur drei Frauen und keine Männer saßen und das Verhältnis zwischen Frauen und Männern im Publikum bei ungefähr 4:1 lag.

„Wir müssen die Männer bei diesem Kampf mitnehmen“, sagte das Podiumsmitglied Paula Nehrer vom Weltverband der Pfadfinderinnen (World Association of Girl Guides and Girl Scouts).

Wenn wir jedoch die Zusammensetzung der 500 Redner bei dem Event näher betrachten – das Verhältnis von Männern und Frauen betrug 2:1 –, könnte eingewendet werden, dass Männer angemessen repräsentiert waren und dass es wichtiger sein dürfte, dafür zu sorgen, dass Frauen bei einer offiziellen europäischen Veranstaltung wie dem EYE den Titel eines „Experten“ tragen dürfen.

Angesichts der alternden Bevölkerung in Europa und eines Durchschnittsalters der MdEP

von 55 Jahren waren sich Teilnehmer und Veranstalter darüber einig, dass insbesondere bei Entscheidungsträgern ein Dialog zwischen den Generationen gefördert werden muss.

„Ich will keine Altersgrenzen. Das hängt alles mit der persönlichen und kulturellen Sichtweise zusammen“, erklärte Sofia Valenti aus Italien während des Workshops, der sich vorrangig mit der Überwindung von Vorurteilen gegenüber anderen Generationen befasste.

Hu Hao zufolge, der in China geboren wurde, jedoch in Frankreich lebt und studiert, bringen chinesische Eltern alle erdenklichen Opfer, um ihre Kinder großzuziehen.

„Die jungen Menschen wollen das aber eigentlich gar nicht“, sagte er.

Die Erfahrung des in Kamerun geborenen französischen Studenten Benjamin Ahamada sieht jedoch ganz anders aus:

„Unsere Beziehung zu älteren Menschen ist ganz anders als bei den jungen Menschen in Frankreich. Wir haben keine Vorurteile und respektieren alte Menschen grundsätzlich.“

Polit-Comedy

„Das ist eine ziemlich ungewöhnliche Vorstellung – wenn ich es überhaupt eine Vorstellung nennen kann. Normalerweise schreiben die Leute nicht

Europäische Werte

Politischer Komiker, Andy Zaltzman

mit, was ich sage. Außerdem ist 11.30 Uhr am Vormittag nicht unbedingt die Zeit für Späße“, sagte Andy Zaltzman über seinen Beitrag „Kann man über alles lachen?“ beim EYE.

Ungewöhnlich war der Beitrag auf jeden Fall; er war eine hochinteressante Erfahrung für die 100 jungen Europäer, die 90 Minuten lang der Debatte über die Ziele und die Grenzen von Comedy zuhörten und sich dabei amüsierten.

„Comedy verfolgt keinen Zweck; sie soll nicht beleidigen, nur unterhalten. Der Zuhörer muss für sich selbst entscheiden, ob er sie als beleidigend empfindet oder nicht“; erläuterte der britische Komiker, der sich selbst als Pessimisten bezeichnet.

Die Debatte, die simultan in mehrere Sprachen verdolmetscht wurde, fesselte die Zuhörer und belustigte die Dolmetscher; es wurden aber auch ernsthafte Fragen über Humor aufgeworfen. Gibt es Grenzen für Comedy? Kann Comedy Schaden anrichten, wenn sie gesellschaftliche Probleme benennt? Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass keine Witze über Tragödien und menschliches Leid im Zusammenhang mit gegenwärtigen oder vergangenen Kriegen gemacht werden dürfen. Aktuelle Fragestellungen wie beispielsweise politische Ereignisse können und sollte jedoch von Komikern aufgegriffen werden, die, so Zaltzman, mit ihrer Arbeit auch Verantwortung tragen. Er selbst setzte seine persönliche Grenze dadurch, dass er sich frage, ob er sein Programm seiner Mutter vortragen würde.

Generell schien das Publikum die Polit-Comedy zu würdigen:

„Es war super; es war eine Mischung aus Späßen und wirklich guten Anmerkungen über Comedy. Es war gut, dass es so viel zu lachen gab. Es munterte mich auf, und ich freue mich darauf, mich mit anderen Menschen über Comedy und darüber, wie weit sie gehen darf, zu unterhalten“; sagte Daryl Chou aus Österreich.



Realitätscheck: sich in die Lage eines anderen versetzen

Am zweiten Tag vom EYE wurde im YO!Village ein Theaterstück mit dem Titel „Europäische Werte: Realitätscheck“ aufgeführt, bei dem ca. 30 EYE-Teilnehmer zum Zuschauen und Mitmachen aufgefordert waren, da sie nicht nur Zuschauer, sondern gleichzeitig auch aktive Mitwirkende waren und den Verlauf der Handlung beeinflussen konnten.

Das Stück begann mit einer Darbietung der Schauspieler, die ein probendes Orchester und die schwierige Kommunikation der Musiker untereinander darstellten, die mit einem Mitglied des Orchesters unzufrieden waren. Vasya, ein schüchterner und unsicherer Junge aus Belarus, wurde aufgrund seiner Nationalität von den anderen drangsaliert und gehänselt, und es wurde deutlich gemacht, wie sie ihn mit seinem Wunsch, sein Talent unter Beweis zu stellen, ins Leere laufen ließen. Anschließend wurden die Zuschauer aufgefordert, das Schicksal der Hauptperson zu wenden und sich vorzustellen, wie sie sich anstelle von Vasya gegen die Einschüchterung wehren würden. Das gleiche Stück wurde noch einmal gespielt, diesmal jedoch konnten es die Zuschauer

jederzeit stoppen, an die Stelle von Vasya treten und für ihn weiterspielen. Mindestens fünf Teilnehmer traten an die Stelle der Hauptperson, und die von ihnen gewählten Strategien zur Bekämpfung der Anfeindungen reichten von Witzen bis hin zur Anbiederung an die Peiniger. Manche EYE-Teilnehmer merkten an, sie seien in der Vergangenheit bereits Diskriminierung ausgesetzt gewesen, und in diesem Theaterstück würde aufgezeigt, wie man sich – außer mit verbalen Angriffen – dagegen wehren könne.

Menschenrechte, Meinungsfreiheit und Hassverbrechen

Trotz der Tatsache, dass bis zu einem gewissen Grad eine Überlappung mit anderen Themenbereichen vorlag, wurden im Rahmen der „Europäischen Werte“ Fragestellungen wie Hassreden und Mobbing im Internet behandelt, und den Teilnehmern wurde die Möglichkeit geboten, die Internet-Regelungen und -Strategien der EU zu erörtern und darüber zu diskutieren, wie wir die Sensibilisierung durch Initiativen wie die vom Europarat initiierte „Bewegung gegen Hassrede“ verstärken können.

Das Europäische Parlament hat sich selbst das Ziel gesetzt, menschenrechtliche Anliegen weltweit zu fördern, Minderheiten zu schützen und sich für demokratische Werte (nicht zuletzt die Informations- und Pressefreiheit)



Über Diskriminierungserfahrungen sprechen - Die vom Europarat organisierte "Living Library"

einzusetzen. Hinsichtlich der Umwälzungen im Bereich der digitalen Medien ist die Lage derzeit immer schwieriger einzuschätzen; es werden neue Methoden zur Einschränkung der Gedankenfreiheit, aber auch neue Möglichkeiten, diese Einschränkungen zu umgehen, entwickelt.

Innerhalb der EU variiert die Rechtsetzung im Bereich der Meinungsfreiheit stark; in manchen Ländern ist die Pressefreiheit hochgradig eingeschränkt, und Journalisten müssen ihre eigene Arbeit zensurieren; außerhalb der EU ist die Lage jedoch deutlich schlechter.

Olivier Basille (Reporter ohne Grenzen) wies auf die Bedeutung der neuen und der sozialen Medien für die Berichterstattung über Konflikte hin. Anhand einer Statistik aus der Rangliste der Pressefreiheit der Organisation machte er deutlich, dass 2014 bereits 17 Journalisten und zehn Online-Aktivisten getötet wurden; weitere 174 Journalisten und 166 Online-Aktivisten waren in Haft. Mit der jährlich veröffentlichten Rangliste wird der Grad der Informationsfreiheit in 180 Ländern bewertet. Für jedes Land wird ermittelt, inwieweit Journalisten, Nachrichtengagenturen und Online-Aktivisten Freiheit genießen, und die Bemühungen der staatlichen Stellen, die Achtung dieser Freiheit durchzusetzen, werden beurteilt.

Die erwähnten Morde und Inhaftierungen fanden zwar alle außerhalb der Europäischen Union statt, Basille wies jedoch darauf hin, dass Missachtungen des Menschenrechts der Pressefreiheit auch in Europa zu finden sind; tatsächlich nimmt über die Hälfte der Mitgliedstaaten der EU einen Platz im Mittelfeld der Rangliste ein.

Russland und die Europäische Union

Ein immer wiederkehrendes Thema der Debatten über Meinungsfreiheit und Online-Sicherheit war der Schutz von Informanten. Oliver Basille:

„In Europa und in der europäischen Politik fehlt es ganz eindeutig an Zivilcourage. Diesmal hat Russland die Courage aufgebracht – wir haben es nicht geschafft, einem Mann Schutz

Europäische Werte

zu gewähren, der enthüllt hatte, dass wir alle ausspioniert werden.“

Die mehreren hundert jungen Zuhörer bekundeten ihre Zustimmung hierzu mit lang anhaltendem Applaus.

In Russland ist die Lage für die Medien besonders schwierig. Kirill Koroteev, ein Mitglied der russischen Organisation „Memorial“, der 2009 der Sacharow-Preis verliehen wurde, erläuterte, dass es aufgrund der rasanten Entwicklung des Internet für die russischen Behörden immer schwieriger geworden sei, Inhalte zu sperren; folglich änderten die Behörden einfach die Struktur der Medienorgane. Eine junge Frau aus dem Publikum wies auf die derzeit schwierige Lage Homosexueller in Russland hin. Nicht einmal die Polizei würde sie vor Verfolgung schützen.

„Die Unantastbarkeit der Polizei ist mittlerweile wahrscheinlich eines der größten Probleme in Russland“, sagte Kirill Koroteev.

Kulturelle Vielfalt und Anzeichen von Populismus

Im Zusammenhang mit der Einwanderung wurden auch „die dunkle Seite der Globalisierung“ und insbesondere Menschenhandel diskutiert. In einem der Ideenlabors waren die 40 Teilnehmer aufgefordert, innovative Ideen und Lösungen für ein besseres Europa zu finden. Eine der vorgeschlagenen Ideen war die Einrichtung europäischer Kontaktzentren nicht nur für junge und mobile Bürger, die sich ohnehin innerhalb Europas bewegen können, sondern auch für ältere Menschen und vom öffentlichen Leben in Europa ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen. Am meisten Anklang fand der Vorschlag, dem zufolge in allen EU-Ländern ein Mindestlohn und kostenlose Bildung für alle eingeführt werden sollten. Am Ende der Veranstaltung waren die Meinungen geteilt:

Der Niederländer Robin van Leijen, 28 Jahre, erklärte, seiner Auffassung nach solle der Schwerpunkt zukünftig auf der kulturellen Vielfalt liegen:

„Sie sollte als Chance und nicht als Bedrohung wahrgenommen werden.“

Im Zusammenhang mit der kulturellen Vielfalt und den in Europa bestehenden Anzeichen von Populismus diskutierten einige EYE-Teilnehmer über die derzeitige Lage von Immigranten in der EU; hierbei standen sowohl der Menschenhandel als auch die Menschen, die auf der Suche nach einem besseren Leben in Europa ihre Heimat verlassen, im Mittelpunkt der Debatte.

„Ich fand die Diskussion interessant; da ich aus Italien komme und in der Nähe von Lampedusa lebe, kenne ich das Problem. Ich sehe es jeden Tag“, sagte Sofia Valenti und fuhr fort:

„Ein Mitgliedstaat allein kann hier nicht Abhilfe schaffen. Europa muss gemeinsam als Ganzes handeln, und die EU muss viel mehr in humanitäre Hilfe investieren.“



Ideenbox Europäische Werte

Einige Beispiele der Ideen, die von jungen Teilnehmern während des EYE hervorgebracht und diskutiert wurden

Teilhabe:

Es muss ein generationenübergreifender Dialog unter Beteiligung junger Menschen – und insbesondere mit Entscheidungsträgern – gefördert werden; dies kann beispielsweise durch regelmäßig stattfindende Veranstaltungen wie dem EYE 2014 erfolgen, die auch auf regionaler Ebene veranstaltet werden können.

Gegen Hass:

Die Gründe für das Problem der Hassverbrechen gegen Angehörige der LGBT-Gemeinschaft müssen bekämpft werden, um so den Hass gegenüber Minderheiten wirksam zu verringern.

Verantwortungsvolle Besteuerung:

Auf Erzeugnisse, bei deren Herstellung Arbeitnehmerrechte verletzt werden, müssen hohe Steuern erhoben werden.

Keine Festung Europa!

Europa muss bei Grenzkontrollen die Menschenrechte achten. Bei der Unterbringung von Flüchtlingen muss den Grundsätzen der Solidarität, ethischen Maßstäben und geteilter Verantwortung verstärkt Rechnung getragen werden.

Austausch und Erfahrung:

Ideen: 1) Die EU beteiligt sich an der Finanzierung von „Grenzmahlzeiten“: Die Bürger zweier Länder werden zu der gemeinsamen Grenze gefahren; dort treffen sie sich, genießen zusammen mitgebrachte Speisen und regionale Getränke und lernen einander kennen; 2) verbindliche Jugendaustauschprogramme in Europa, um einen anderen Teil Europas kennenzulernen und langfristig Freundschaften in ganz Europa aufzubauen; 3) die Einrichtung europäischer Kontaktzentren nicht nur für junge und mobile Bürger, die sich ohnehin innerhalb Europas bewegen können, sondern auch für ältere Menschen und vom öffentlichen Leben in Europa ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen.

Demokratieindex:

Das Europäische Parlament sollte jährlich einen Demokratieindex der europäischen Staaten veröffentlichen; diejenigen Staaten, die unterhalb einer vorgegebenen Schwelle liegen, sollten ihre Politik vor dem Europäischen Parlament erläutern müssen. Gelingt es ihnen nicht, das Parlament zu überzeugen, sollte die Auszahlung von Finanzhilfen eingestellt werden. Dem Europäischen Parlament sollte das Recht zugesprochen werden, die Mitgliedschaft eines Landes in der EU auszusetzen, wenn dieses Land die grundlegenden europäischen Werte missachtet.

Schutz der Werte:

Europa benötigt einen robusten Verhaltenskodex für seinen Umgang mit vorrangig denjenigen Drittländern, die einen zweifelhaften Ruf hinsichtlich der verantwortungsvollen Staatsführung und der Einhaltung der Menschenrechte genießen. Dies sollte insbesondere für die Ausfuhr von Waffen gelten. Außerdem müssen die EU-Organe jegliche Zusammenarbeit (beispielsweise Handelsabkommen) mit Diktaturen einstellen, auch wenn es sich dabei um strategische Wirtschaftspartner handelt.

Bildung:

Kostenlose Bildung (auch an Universitäten) für alle. Ein neues Schulfach mit dem Namen „Europa heute“ sollte eingeführt werden, in dem europäische Geschichte, Werte, Menschenrechte und Sprachen mit dem Ziel vermittelt werden, ein gemeinsames Bewusstsein für unsere einvernehmlichen Werte zu fördern und eine europäische Identität zu schaffen. Die EU sollte außerdem allen Schulen und Universitäten zugängliche webbasierte Lerninhalte über politische und zivilgesellschaftliche Belange finanzieren.

Gleichberechtigung:

Die Gleichstellung der Geschlechter und der gleichberechtigte Zugang zu Bildung und Arbeitsplätzen – unabhängig vom sexuellen, geschlechtlichen, religiösen oder ethnischen Hintergrund – müssen auf allen Ebenen der Gesellschaft gefördert werden.

Europa für die Menschen:

Wir wollen eine EU, in der Menschen wichtiger sind als Banken und Geschäfte.

Teilhabe, Inklusion und Jugendrechte

– Ein Kommentar des Europäischen Jugendforums

Die Werte der EU werden vor allem in Krisenzeiten in Frage gestellt – was sollte die EU tun, was sollte sie nicht tun, und wie sollte sie vorgehen? Sollte sich die EU auf das konzentrieren, was sie immer schon am besten konnte, oder sollte sie lieber das tun, was den meisten Menschen den größten Nutzen bringt? Wie kann die EU sicherstellen, dass ihre Maßnahmen keine unvorhergesehenen nachteiligen Auswirkungen auf ihre Bürger und insbesondere auf die nächste Generation – ihre jungen Bürger – haben?

Das Jugendforum ist der Auffassung, dass die EU im Bestreben, möglichst schnell einen Ausweg aus der Krise zu finden, ihre jungen Bürger vergessen hat, was nun dazu führt, dass die Rechte dieser jungen Menschen mit Füßen getreten werden. Jungen Menschen wird gesagt, sie müssten selbst sehen, wie sie aus der Krise herauskommen – beispielsweise mit unbezahlten Praktika und teuren Schulungs- oder Bildungsmaßnahmen. Hieraus erwächst nicht nur die Gefahr einer verlorenen Generation junger Menschen, sondern auch das Risiko, dass diese Generation keine Hoffnungen mehr für die Zukunft hegt, was in erster Linie für Angehörige der sozial und wirtschaftlich benachteiligten Bevölkerungsschichten gelten wird, so dass sich die bestehende Kluft sogar noch weiter vergrößern wird.

Es steht jedoch außer Frage, dass für europaweite Probleme wie Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitslosigkeit europaweite Lösungen erforderlich sind. Gerade jetzt können die Rechte der jungen Europäer am besten mit Maßnahmen auf europäischer Ebene gewahrt werden.

Europäische Werte und das EYE

Das Jugendforum ist der Ansicht, dass die EU zukunftsorientierte Schritte dahin unternehmen und dafür sorgen muss, dass die Rechte junger

Bürger gewahrt werden, da nur so dafür gesorgt werden kann, dass keine für die Zukunft verlorene Generation entsteht und Europa seinen Werten treu bleibt. Dies kam in den Diskussionen beim EYE zum Ausdruck, so zum Beispiel in einer Diskussion des tschechischen Jugendrates über die verschiedenen Aspekte der Teilhabe und in einer Debatte über die Einführung von Quotenregelungen für junge Menschen in der EU. Das Jugendforum legte außerdem einen Schwerpunkt auf die verschiedenartigen Diskriminierungen, denen junge Menschen beispielsweise aufgrund ihrer Homosexualität, einer Behinderung, einer sozialen oder wirtschaftlichen Benachteiligung usw. ausgesetzt sind.

Das Europäische Jugendforum und europäische Werte

Es wird nicht einfach sein, eine neue EU aufzubauen, die ihren Werten treu bleibt und die Rechte ihrer nachfolgenden Generation wahrt. Hierzu ist es erforderlich, die Maßnahmen der EU aus einem neuen Blickwinkel zu betrachten und ihre Folgen generationenübergreifend zu bewerten. Die EU wird beispielsweise dafür sorgen müssen, dass die Stimmen ihrer jungen Bürger bei der Gestaltung der sie betreffenden Politik und der sie betreffenden Rechtsvorschriften gehört und berücksichtigt werden. Dies bedeutet weniger von den Entscheidungsträgern gefasste Beschlüsse und mehr direkte Demokratie. Es bedeutet auch, dass mehr in die Gegenwart junger Menschen investiert werden muss, damit für eine Zukunft Sorge getragen wird, in der jeder die Möglichkeit hat, sein Potenzial auszuschöpfen:

• In Jugend investieren

Das Europäische Jugendforum ist der Auffassung, dass die EU ihre Ressourcen in erster

Linie für die Unterstützung eines ökologisch nachhaltigen Wirtschaftswachstums und des sozialen Zusammenhalts einsetzen sollte, damit Menschen und ihre Bedürfnisse im Mittelpunkt der Beschlüsse stehen, bei denen junge Menschen und ihre Organisationen besonders berücksichtigt werden. Die neue EU sollte ihre Schwerpunkte auf Innovation, Zusammenhalt und Jugend legen. Insbesondere sollte sie in hochwertige Bildung, die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die Hinführung der Jugend zu grünen Arbeitsplätzen und die Unterstützung junger Unternehmer investieren.

• **Ausgeglichene und wachstumsorientierte Haushalte**

Die Mitgliedstaaten sollten mittel- und langfristig zukunftsorientierte und ausgewogene Haushalte anstreben – ohne jedoch den Sozialstaat zu gefährden -, damit die jungen Menschen von heute Morgen nicht durch die Rückzahlung der Schulden von heute belastet werden.

• **Beteiligung von jungen Menschen**

Die EU kann die Rechte junger Menschen am besten wahren, wenn sie für ihre umfassende Beteiligung an allen Beschlüssen über Maßnahmen, von denen sie betroffen sind, sorgt – „nichts über uns ohne uns“. Es ist höchste Zeit, dass die EU konkrete Schritte zur Umsetzung der im Vertrag von Lissabon verankerten Verpflichtung unternimmt, die Beteiligung junger Menschen am demokratischen Leben in Europa zu fördern. Wir fordern unter anderem die Mitgliedstaaten der EU auf, das Mindestwahlalter für alle Wahlen – auch die Europawahlen – auf 16 Jahre zu senken. Auch Parteien sollten aufgefordert werden, bei Wahlen mehr junge Kandidaten aufzustellen.

• **Anerkennung des Europäischen Jugendforums**

Als Plattform der Jugendorganisationen in Europa wird das Europäische Jugendforum von allen EU-Organen (auch dem Parlament) als wichtiger Partner anerkannt; diese Anerkennung sollte jedoch noch ausgeweitet werden. Außerdem sollte das Jugendforum einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den EU-Organen über alle Strategien und Maßnahmen führen, die sich auf junge Menschen auswirken.

• **Mehr direkte Demokratie**

Das Europäische Jugendforum unterstützt im Interesse einer direkteren Teilhabe der europäischen Bürger die Einführung internationaler Kandidatenlisten bei den Wahlen zum Europäischen Parlament.

Nicht nur das Jugendforum und seine Mitglieder – Jugendorganisationen aus ganz Europa – vertreten diese Ideen. 240 Kandidaten für das Europäische Parlament und 85 gewählte MdEP aus allen Fraktionen und Ländern schlossen sich im Rahmen der LoveYouthFuture-Kampagne vielen dieser Forderungen an.



Abendkonzert auf dem Kleberplatz



250 Freiwillige aus Straßburg haben während dem EYE ausgeholfen

Heute denken, morgen handeln: Junge Menschen für ein besseres Europa

Gegen Ende des Europäischen Jugend-Events wurden die gesammelten Ideen für ein besseres Europa in der Abschlussveranstaltung im Plenarsaal des Europäischen Parlaments von Berichterstattern vorgetragen und der MdEP Doris Pack (Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung und Vertreterin des Europäischen Parlaments) überreicht.

Auch nach diesem anstrengenden Wochenende, das mit Diskussionen und Debatten, Rollenspielen, kulturellen und sportlichen Darbietungen und nicht zuletzt auch nächtlichen Konzerten und Partys ausgefüllt war, war der Plenarsaal am Sonntagvormittag voller Teilnehmer, die die in den letzten beiden Tagen vorgeschlagenen Ideen und die gezogenen Schlussfolgerungen hören und ihre Meinung dazu äußern wollten. Der „offizielle Abschluss“ des Events wurde somit zu einer weiteren Debatte, die zu zusätzlichem Nachdenken anregte und weiterführende Diskussionen auslöste.

Zehn Berichterstatter stellten die wichtigsten Ideen der fünf Themengebiete vom EYE vor, und dem Publikum wurde die Möglichkeit eingeräumt, eigene Gedanken und Vorschläge einzubringen.

Johanna Nyman (Europäisches Jugendforum) stellte die Ideen für ein besseres Europa im Hinblick auf die Jugendarbeitslosigkeit vor, wobei sie den Schwerpunkt auf die Verantwortung der EU legte, diesbezüglich tätig zu werden:

„Die Politik der EU sollte vorrangig hochwertige Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen schaffen. Wir brauchen einen „New Deal“ in Europa, wir müssen in die Jugend investieren und einen neuen Gesellschaftsvertrag abschließen. Die Europäische Jugendgarantie kann eine Lösung für die Jugendarbeitslosigkeit sein, es müssen jedoch zusätzliche Mittel aufgebracht werden; junge Menschen müssen in

die Planung, die Umsetzung und die Bewertung einbezogen werden. Unsere wichtigste Aussage ist, dass nicht die jungen Menschen für die Jugendarbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden können, sondern dass Jugendarbeitslosigkeit die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit angeht. Wir müssen jetzt Taten sehen“, sagte sie.

Jean-Francois Gerard (ARTE) stellte Ideen zur digitalen Revolution vor und führte aus, die EYE-Teilnehmer hätten ein großes Interesse an vermehrten digitalen Chancen gezeigt. Die erste Idee bestand in der Einrichtung eines Risikoindikators für Piraterie, einem kleinen Bildschirmfenster, das den Nutzer beim Hoch- oder Herunterladen einer Datei benachrichtigt, falls die Gefahr einer Verletzung von Urheberrechten besteht. Eine weitere Idee war die Erstellung eines europäischen Antivirenprogramms, für das verschiedene Länder ihre Technologie und ihre Kenntnisse zusammenbringen sollten, um so ein einheitliches und erschwingliches Antivirenprogramm zu entwickeln, das den Bürgern Europas Schutz vor Viren und Spähsoftware gewähren könne. Dritte Idee war der Aufbau der digitalen Demokratie und somit der Möglichkeit für die Bürger, online zu wählen.

Ada Reichhart präsentierte Ideen über die Nachhaltigkeit der EU, wobei sie sich auf die Erfahrung aus ihrer Arbeit für die Stadt Straßburg stützte. Als Hauptaussage führte sie an, die derzeitige Umweltkrise sei ein gesellschaftliches Problem und solle nicht auch noch ein wirtschaftliches werden.

„Für ein besseres Europa müssen wir unsere täglichen Gewohnheiten ändern; wir müssen den Energieverbrauch senken, über unser Produktions- und unser Konsumverhalten nachdenken, in die Erforschung der erneuerbaren Energien investieren und uns somit zur Energiewende bekennen.“

Der Vertreter des Institut d'études politiques de Strasbourg und der École nationale d'administration (IEP/ENA, Institut für politische Studien in Straßburg und staatliche Universität für Management), Paul Girard, stellte fest, dass wir unbedingt die Bürger Europas jeden Alters dafür sensibilisieren müssen, dass die Weitergabe personenbezogener Daten über das Internet mit Risiken verbunden ist. Er forderte außerdem ein einheitliches europäisches Wahlsystem und den Aufbau eines Energie-Binnenmarkts, um so die Abhängigkeit von Nicht-EU-Staaten wie Russland zu umgehen, die auf die Mitgliedstaaten der EU Druck ausüben können.

László Földi (Europarat) stellte seine Überlegungen und Ideen zu einem besseren Europa unter dem Dach der europäischen Werte vor und legte den Schwerpunkt auf die folgenden Themen: die europäische Identität, Europa in der Welt, die Herausforderungen für Europa, Menschenrechte, Meinungsfreiheit, Hassreden, die Beteiligung der Jugend und Chancen für junge Menschen.

„Die Europäer müssen neu darüber nachdenken, was es heißt, im 21. Jahrhundert ein Europäer zu sein; die Union ist eine Bastion der Menschenrechte und der demokratischen Werte und somit auch ein Ziel von Migranten, Flüchtlingen und Asylsuchenden. Sie ist aber auch ein Ort, an dem Nationalismus, Extremismus und Intoleranz derzeit wieder in Erscheinung treten.“

Die beiden Moderatoren, Katarzyna Mortón (European Youth Press) und Peter Matjašič (Europäisches Jugendforum), forderten die Teilnehmer auf, ihre eigenen Ideen für ein besseres Europa aufzuschreiben und die Zettel in die Ideenbox vor dem YO!Village zu

werfen. Diese Ideen werden dann in einer Sonderausstellung im Haus der europäischen Geschichte präsentiert.

Am frühen Nachmittag, als die ersten Teilnehmer aufbrachen, blieben noch viele Fragen offen: Warum sagten so viele Mitglieder des Parlaments ihre Teilnahme an den Podiumsdiskussionen ab? Wo war der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz? Wo blieb die Vielfalt der Europäischen Union, ein Konzept, das bei so vielen der Aktivitäten aufgenommen, von den Rednern aber nicht immer aufgegriffen wurde? Nach drei Tagen leidenschaftlich geführter Diskussionen wurde deutlich, dass die jungen Teilnehmer an der Gestaltung der europäischen Politik mitwirken wollen, und die vielen guten Ideen für ein besseres Europa, die im Laufe des Events von den annähernd 5 500 Teilnehmern aufgebracht wurden, müssen jetzt von den gewählten Mitgliedern des Europäischen Parlaments in die Tat umgesetzt werden.



Die Ideenbox wird mit Vorschlägen für ein besseres Europa gefüllt

Zahlen und Fakten

5 380: Gesamtzahl der EYE-Teilnehmer (alle zwischen 16 und 30 Jahre alt)

5 135 Teilnehmer von der EU

92 Teilnehmer von Kandidatenländern

153 Teilnehmer von Nicht-EU-Staaten

600 Junge Leute haben am Euroscola Spezial teilgenommen

10 000 Leute haben an den Veranstaltungen des YO!Fests teilgenommen (inkl. Konzerte, Party)

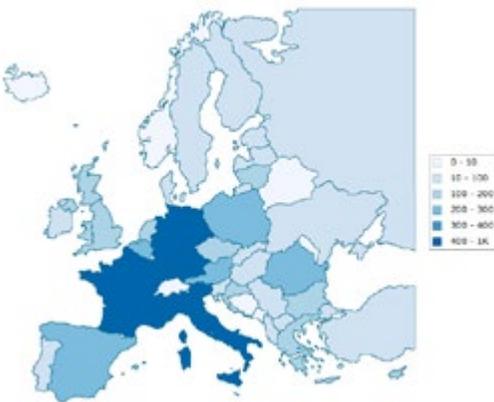
500 Redner, Moderatoren und Unterstützer

250 Freiwillige

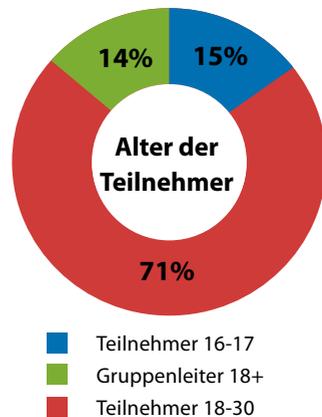
Mehr als 200 Veranstaltungen in unterschiedlichen Formaten

14 000 Tweets mit #EYE2014 in 3 Tagen

Staatsangehörigkeiten der Teilnehmer



Alter der Teilnehmer



Vielen Dank an alle offiziellen Partner des EYE 2014!



EYE Webseite

<http://www.eyeye2014.eu>

EYE auf facebook

<http://epfacebook.eu/eyeye2014>

EYE auf twitter

https://twitter.com/EP_YouthEvent

#EYEE2014

Gestreamte Veranstaltungen als Video-Abruf

<http://www.europarl.europa.eu/eyeye2014/de/streaming.html>

Bericht der European Youth Press
mit Kommentaren des Europäischen Jugendforum, Juni 2014

